

### Warum ging die Sowjetunion unter?

Simon, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Simon, G. (1995). *Warum ging die Sowjetunion unter?* (Berichte / BIOst, 52-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42129>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. © 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon

0221/5747-0,

Telefax

0221/5747-110

ISSN 0435-7183

## Inhalt

Seite

Kurzfassung

.....  
3

1. Einleitung

.....  
6

2. Probleme der Forschung

.....  
8

3. Was hielt die Sowjetunion zusammen?

.....  
10

4. Delegitimierung des Sowjetsystems

.....  
15

5. Die Alternative: Die Nationen

.....  
21

6. Reformversuche und Untergang

.....  
27

7. Das Erbe

.....  
31

Summary

.....  
36

11. September 1995

**Gerhard Simon**

## **Warum ging die Sowjetunion unter?**

**Bericht des BIOst Nr. 52/1995**

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Die Frage nach den Gründen für den Untergang der Sowjetunion richtet sich nicht nur an die Geschichtswissenschaft, sie ist zugleich eine Anfrage an die Zukunft. Die Gründe für den Untergang geben Aufschluß darüber, ob restaurative Tendenzen eine Chance haben. Wenn die Gründe, die zum Untergang geführt haben, beseitigt oder rückgängig gemacht werden können, besteht die Möglichkeit einer Wiederherstellung des Vielvölkerimperiums. Wenn die Ursachen aber in einem tiefgreifenden Wandel von Gesellschaft, Mentalität und Strukturen der Macht zu suchen sind, erscheint eine Wiederherstellung der Weltmacht Sowjetunion ausgeschlossen.

Die vorliegende Arbeit beruht auf russischen Quellen, der westlichen Forschung und eigenen Vorarbeiten. Sie kommt zu folgenden Ergebnissen:

#### *Ergebnisse*

1. Die Forschung zu den Ursachen des Untergangs steht erst am Anfang. Sie geht davon aus, daß eine Vielzahl von Gründen namhaft gemacht werden muß, wobei über die Gewichtung der einzelnen Ursachen und ihr Verhältnis zueinander keine Übereinstimmung besteht. Hier werden sich voraussichtlich die Kontroversen der Forschung eröffnen.

2. Dem Untergang ging ein jahrzehntelanger Prozeß der Delegitimierung und Degeneration voraus. Die Sowjetideologie hat ihre motivierende Kraft im Terror der Stalin-Zeit seit Ende der 1920er Jahre verloren. An ihr wurde aber bis zuletzt festgehalten, weil nur der Marxismus-Leninismus die Einparteiherrschaft rechtfertigen konnte.

Die Sowjetmacht war je länger um so weniger in der Lage, die Versprechungen und Erwartungen, die sie geweckt hatte, zu erfüllen. In Zeiten des Friedens und der Entspannung verlor die Begründung an Glaubwürdigkeit, Feinde und kapitalistische Einkreisung verhinderten Wohlstand und ein liberaleres Klima im Inneren. Die teilweise Öffnung nach außen seit den 1950er Jahren machte für immer mehr Menschen den scharfen Kontrast zwischen der propagandistischen Selbstbeweihräucherung und dem tatsächlichen Rückstand des Sowjetsystems in vielen Lebensbereichen deutlich.

Zur Delegitimierung trugen auch die ökonomische Stagnation und Rezession seit den 1970er Jahren bei, die strukturell bedingt und innerhalb der administrativen Plan- und Verteilungswirtschaft nicht zu überwinden war. Je weiter sich Ökonomie und Gesellschaft ausdifferenzierten, als um so unverzichtbarer erwiesen sich Markt, Gewinn und Arbeitsmo-

tivation für ein rationales und sparsames Funktionieren von Wirtschaft.

3. Von entscheidender Bedeutung für den Untergang war die Krise der Einpartei herrschaft. Eine latente Funktionskrise der KPdSU gab es seit den 1950er Jahren. Wie sollte eine revolutionäre Partei, die keine Revolution mehr macht, ihr Machtmonopol rechtfertigen? Die latente Krise schlug in eine akute um, als in den 1980er Jahren die Selbstzweifel immer weiter innerhalb der KPdSU um sich griffen. Das totalitäre Regime wurde von Kommunisten abgeschafft. Dies hatte zwei Konsequenzen: Es kam nicht zu einem Wechsel der Eliten, und es fehlte eine klare demokratische Perspektive. Motor und Motivation für die Perestrojka und die Abschaffung des Sowjetsystems waren Unzufriedenheit und Ablehnung des Status quo. Es gab aber keinen Konsens darüber, was an seine Stelle treten sollte. Insofern fand keine Revolution statt wie 1917.
4. Der Staat Sowjetunion wäre nicht in den Untergang der Einpartei herrschaft hineingezogen worden, wenn die Nationen nicht als Alternative zur Neuordnung des Gemeinwesens bereitgestanden hätten. Diese Alternative erwies sich als die einzig gangbare, weil es eine die Nationen übergreifende Zivilgesellschaft oder einen demokratischen Verfassungspatriotismus nicht gab, vor allem aber, weil die meisten Kommunisten sich als Nationalisten erwiesen. Die KPdSU zerfiel in ihre nationalen Bestandteile. Reformkommunisten, Nationaldemokraten und ehemalige Dissidente bildeten jedenfalls vorübergehend eine Aktionseinheit. Am festesten gefügt waren die Nationen im westlichen hegemonialen Vorfeld der Sowjetunion. Die Polen, Ungarn und Tschechen hatten seit den 1950er Jahren immer wieder gegen die sowjetrussische Fremdherrschaft aufbegehrt. Innerhalb der Sowjetunion setzte sich das West-Ost-Gefälle fort. Am handlungsfähigsten erwiesen sich die baltischen und transkaukasischen Nationen, dann folgten die Ukrainer und Moldavier. Den Nationen in Sowjetisch-Zentralasien fielen die Nationalstaaten als Zerfallsprodukte der UdSSR in den Schoß. Der Nationalismus bietet keine Garantie für eine demokratische Zukunft. Vielfach haben sich dennoch nationale und demokratische Ideen und Institutionen parallel entwickelt. Deshalb besteht in beiden Fällen ein West-Ost-Gefälle.
5. Die Sowjetunion ging unter, weil auch in Rußland selbst die neuen demokratischen Kräfte und sogar die Altkommunisten Ende der 1980er Jahre auf die nationale Seite übertraten und Rußland als Opfer des Imperiums betrachteten, dessen "Wiedergeburt" oberste Priorität erhielt. Allerdings wurde nach dem Ende der UdSSR sehr rasch deutlich, daß fast alle politischen Kräfte in Rußland nicht bereit waren, sich auf die neuen Grenzen der RF zurückzuziehen. Derzeit bestimmen Nostalgie nach der vergangenen Supermacht und Anspruch auf eine Großmachtrolle in der Zukunft den politischen Diskurs in Rußland. Die RF sieht sich nicht nur als Rechtsnachfolger, sondern als geopolitischer Erbe und Fortsetzer der UdSSR. Weil der Zusammenhalt der Sowjetunion auf dem Machtmonopol der KPdSU beruhte und weil die Nationalisierung der Kommunisten kaum rückgängig zu machen sein dürfte, erscheint die Wiederherstellung des Vielvölkerimperiums unwahrscheinlich, auch wenn als Worst-case-Szenario Krieg nicht ausgeschlossen werden kann. Deshalb trägt die Festigung der neuen Staaten zur Stabilität in Eurasien bei. Manche von ihnen werden aus unterschiedlichen Gründen Anlehnung an Rußland suchen. Ein Vasallenstatus der Ukraine - des größten unter ihnen - auf längere Sicht ist aber unwahrscheinlich.



## 1. Einleitung

Die Sowjetunion war eine Weltmacht und ein Vielvölkerimperium; sie war von ihrem ideologischen Anspruch her ein Universalreich, denn von hier aus sollte der Sozialismus die ganze Welt erobern. Ist ihr Untergang ein Unglück oder vielleicht bloß ein Unfall der Geschichte? Oder ist im Gegenteil die Zeit der Imperien abgelaufen, gibt es "für die alten Imperien keinen Platz mehr in der Welt"?<sup>1</sup> Offensichtlich ist jedenfalls die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: Während in Westeuropa und Nordamerika großräumige ökonomische und teilweise politische Zusammenschlüsse die alten Nationalstaaten transzendieren, fallen im Osten Europas großräumige oder auch weniger große Vielvölkerstaaten in Nationalstaaten auseinander (neben der UdSSR Jugoslawien und die Tschechoslowakei). Wo liegt der Fortschritt, bei den suprastaatlichen Zusammenschlüssen beiderseits des Atlantik oder bei den neuen Nationalstaaten im Osten Europas und in Asien? Vieles spricht dafür, daß es sich im Osten Europas um eine nachholende Entwicklung handelt. Der Nationalstaat hat sich zuerst im Westen Europas ausgebildet; die Nationalbewegungen haben dann im 19. und frühen 20. Jahrhundert wesentlich zum Untergang des Osmanischen Reiches und der Donaumonarchie beigetragen. Jetzt setzen sie sich als politisches Ordnungsprinzip auch im Osten Europas durch.

Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen hat sicher dazu beigetragen, daß der Zusammenbruch der Sowjetunion von kaum jemandem - im Land selbst und im Westen - erwartet wurde. Es schien, daß Integration und suprastaatliche Großräumigkeit die Geschichte am Ende des 20. Jahrhunderts prägten. Weshalb sollte die Geschichte im Osten Europas - wie es schien - rückwärts laufen? Es ist faszinierend und zugleich erschreckend zu sehen, wie führende Staatsmänner in Ost und West gemeinsam noch kurz vor dem Zusammenbruch ein Ende des Staates Sowjetunion für nahezu unmöglich und vor allem ganz und gar unerwünscht hielten. "In Europa entstehen zwei Schwerkreise - einer im Westen um die EG. Der andere muß im Osten sein. Das ist die jetzige Sowjetunion, die Union Souveräner Staaten... Wenn es den zweiten Schwerkreis nicht geben wird, dann wird eine wichtige Stütze der Stabilität in Europa fehlen. Dies ist ein gefährliches Vakuum", sagte der spanische Regierungschef Felipe Gonzalez in einem Gespräch mit Präsident Bush und Präsident Gorbachev beim spanischen König Juan Carlos in Spanien am 29. Oktober 1991. "Ich werde eine vollwertige Union erreichen", versicherte Gorbachev seinen Gesprächspartnern.<sup>2</sup> "Es ist im Interesse Frankreichs", äußerte einen Tag später der französische Staatspräsident Mitterrand gegenüber Gorbachev, "daß es im Osten Europas eine Zentralgewalt gibt. Wenn es zu einem Zerfall kommt, wenn wir zu dem zurückkehren, was bei Ihnen vor Peter dem Großen war, das ist eine historische Katastrophe und das widerspricht den Interessen Frankreichs."<sup>3</sup> Ende Oktober 1991 bestand die UdSSR de facto bereits nicht mehr. Vor dem Hintergrund dieser Stimmen führender westlicher Politiker erscheint es grotesk, wenn seit 1992 Kommunisten und Nationalpatrioten in Rußland immer schriller dem Westen vorwerfen, am Zerfall der Sowjetunion Schuld zu sein.

<sup>1</sup> G. Fedotov, *Sud'ba imperij*, in: *Novyj žurnal*, Bd. 16, 1947, S. 163.

<sup>2</sup> *Sojuz možno bylo sochranit'*. *Belaja kniga* (im weiteren: *Belaja kniga*). Hrsg. Gorbachev-Fond, Moskau 1995, S. 233f, Gesprächsaufzeichnung der sowjetischen Seite. "Union Souveräner Staaten" war der damals vorgesehene Staatsname für eine erneuerte UdSSR.

<sup>3</sup> *Belaja kniga*, S. 238; sowjetische Gesprächsaufzeichnung.

Weder die westliche Politik, noch die öffentliche Meinung, noch der Hauptstrom der Osteuropawissenschaft erwogen vor dem Ende der 1980er Jahre auch nur die Möglichkeit eines Untergangs der Sowjetunion. Man hatte sich quasi ein Denkverbot auferlegt. Die Sowjetunion wurde nicht im Kontext der anderen Imperien gesehen, die in Europa nach dem Ersten Weltkrieg untergegangen waren und schon gar nicht im Zusammenhang der Dekolonisierung nach dem Zweiten Weltkrieg, die das Ende des britischen, französischen, niederländischen, belgischen und portugiesischen Kolonialimperiums gebracht hatte. Die Sowjetunion galt im Gegenteil im Westen als ein "normaler" Staat, Weltmacht und Garant der Stabilität. In diesem Essay soll deutlich gemacht werden, daß die Sowjetunion eben kein normaler Staat war. Normalität wird dabei an europäisch-atlantischen Maßstäben gemessen. Dies ist berechtigt, weil die Sowjetmacht sich selbst stets daran maß und dabei von ihrer prinzipiellen Überlegenheit, wenn nicht in der Gegenwart, so doch jedenfalls in der Zukunft ausging.

Zwei wichtige Aspekte sind eingangs festzuhalten:

1. Der Untergang der UdSSR war nicht die Folge verlorener Kriege und überhaupt nicht die Konsequenz äußerer Einwirkungen. Damit unterscheidet sich dieser Vorgang fundamental vom Zusammenbruch mancher Weltreiche in älterer Zeit wie des Römischen Kaiserreiches, das dem Germanenansturm nicht gewachsen war, oder von Byzanz, das von den Türken erobert wurde. Aber auch das Ende der Donaumonarchie, des Rußländischen Reiches oder des Osmanischen Reiches sind ohne verlorene Kriege, insbesondere ohne den Ersten Weltkrieg, nicht erklärbar. Die wesentlichen Ursachen für das Ende der Sowjetunion sind also in der inneren Entwicklung des Landes zu suchen. Dabei ist es nicht zu umfangreichen inneren Unruhen oder Bürgerkrieg gekommen; Gewaltanwendung und Blutvergießen haben überhaupt eine untergeordnete Rolle gespielt. Dies ist um so bemerkenswerter auf dem Hintergrund der sowjetischen Geschichte, die über lange Strecken durch Gewaltanwendung und Massenterror im Inneren bestimmt gewesen ist. Die Ursachen für den Untergang liegen einerseits in Konstruktionsfehlern des Sowjetsystems und andererseits in Degenerationsvorgängen, die seit Jahrzehnten die Stabilität untergruben. Beides war von innen und von außen nicht leicht sichtbar; dies erklärt, warum alle Welt unvorbereitet war auf den Abgang dieser Weltmacht. Soweit äußere Faktoren eine Rolle gespielt haben, war dies die politische, ökonomische und militärische Präsenz des Westens, der keine Bereitschaft zeigte, den seit mehr als einhundert Jahren von den revolutionären Sozialisten verkündeten Untergangsprophetien nachzuleben.
2. Das Ende der Sowjetunion war die zweite Auflösung des Rußländischen Reiches. Es war bereits 1917 und in den Jahren danach infolge von Krieg und Revolution auseinandergebrochen, wobei die Bruchlinien in vielen Fällen die gleichen gewesen sind wie 1991, nämlich die ethnisch-territorialen Grenzen. Die Bolschewiki haben im Bürgerkrieg von 1918 bis 1921 und dann im Zuge des Zweiten Weltkrieges weitgehend die alten Grenzen wiederhergestellt. Es liegt nahe zu fragen, ob 1917 und 1991 ähnliche Gründe das Ende bewirkt haben. Außerdem stellt sich die Frage, ob heute ähnlich wie damals der Zerfall vielleicht nur vorläufig und zeitlich begrenzt ist, und ob in absehbarer Zeit ein neues Reich oder suprastaatliches Gebilde an die Stelle der untergangenen UdSSR treten wird.

Die nichtrussischen Nationalbewegungen haben damals und heute - wie überall sonst in Europa -

ein wichtige Rolle bei der Auflösung des Rußländischen Reiches gespielt. Es ist kein Einwand, wenn zu Recht darauf hingewiesen wird, daß diese Nationalbewegungen am Ende des Ersten Weltkriegs meist schwach entwickelt waren und auch in den 1980er Jahren keineswegs bei allen Völkern kraftvoll und unwiderstehlich erschienen. Dies unterstreicht lediglich, auf welch tönernen Füßen das Imperium stand. Die innere Schwäche war in beiden Fällen Folge der Reformunwilligkeit und Reformunfähigkeit des politischen Systems. Eine extrem konservative Ordnung der Macht verhinderte sowohl vor 1917 wie am Ende der Sowjetzeit die rechtzeitige Anpassung der politischen Ordnung an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse. In beiden Fällen verlor die zur Versteinerung neigende Macht die Beziehung zur, ja die Kenntnis von der Gesellschaft, die sie regierte. Mangelnde Fähigkeit, Forderungen aus der Gesellschaft aufzunehmen, führte zu einem stetigen Anwachsen des Problemstaus, der in einem geschlossenen System nicht bearbeitet werden konnte. Die geringe Konfliktfähigkeit des zarischen wie des kommunistischen Regimes rührte auch daher, daß sich beide nicht nur als die angemessene und richtige Macht für Rußland betrachteten, sondern als die allein wahre und gerechte, von Gott bzw. der Geschichte eingesetzt. Zu den gravierenden Unterschieden des Zerfalls am Beginn und am Ende des 20. Jahrhunderts gehört, daß es jetzt eines Krieges und einer Revolution nicht bedurfte, um das Ancien régime zu Fall zu bringen. Allerdings steht sowohl am Anfang wie am Ende der bolschewistischen Herrschaft ein Staatsstreich: So wie die Bolschewiki im Oktober 1917 durch einen Putsch an die Macht kamen, büßten sie diese Macht durch den verlorenen Coup d'état im August 1991 ein.<sup>1</sup>

## 2. Probleme der Forschung

Weil nur wenige mit dem Ende der Sowjetunion rechneten, gibt es auch kaum Ursachen- oder Verfallsforschung, bevor das Ereignis die Wissenschaft mobilisierte. Seit den 1960er Jahren bestand vielmehr in der westlichen Forschung weitgehender Konsens darüber, daß das Sowjetsystem stabil und zukunftsfähig sei. Ebenso konstatierte man einhellig eine Entwicklungstendenz vom Stalinismus und von der Diktatur zu "liberaleren" Formen der Einparteiherrschaft. Gestritten wurde darüber, wie und wann sich das Sowjetsystem reformieren und modernisieren würde, nicht ob dies möglich sei. Die Perspektive des Zusammenbruchs tauchte sehr selten auf.<sup>2</sup>

Andererseits hat die westliche Forschung durchaus die bedrohlichen Konflikte innerhalb des Sowjetsystems namhaft gemacht und beschrieben: den Verfall der Sowjetideologie, die abnehmende Leistungskraft der Planwirtschaft, die Rebellion der Völker Ostmitteleuropas. Seit den 1970er Jahren hat eine Gruppe von Forschern - allerdings weitgehend gegen den Strom schwimmend - die nationale Frage innerhalb der UdSSR ins Zentrum gerückt, weil sie "potentiell in ihren möglichen

---

<sup>1</sup> Vgl. D. Geyer, Der Zerfall der Sowjetunion in historischer Perspektive, in: Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Hrsg. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1992, S. 27-36.

<sup>2</sup> M. Malia, From under the rubble, what?, in: Problems of Communism, Bd. 41, Januar-April 1992, S. 89-106; W. Leonhard, Am Vorabend einer neuen Revolution? Die Zukunft des Sowjetkommunismus, München 1975. Wenige westliche Forscher diskutierten die Möglichkeiten von Niedergang und Zerfall, so Zbigniew Brzezinski und Robert Conquest. Einige Dissidenten in Osteuropa rechneten mit dem Untergang, so Jacek Kuroń und Karol Modzelewski in Polen und Andrej Amalrik in der Sowjetunion (Leonhard, S. 310ff, 396, 399); A. v. Borcke, Die Sowjetunion und der Machtwechsel, in: Sowjetunion 1982/83. Hrsg. BIOst, München 1983, S. 27ff.

langfristigen Konsequenzen in hohem Maß staatszerstörend ist und die stärkste Herausforderung für die Legitimität des Regimes bedeutet".<sup>1</sup>

Während in den 1920er Jahren ein baldiges Ende der Sowjetmacht nicht ausgeschlossen wurde, gab es nach dem Zweiten Weltkrieg nur vereinzelte Stimmen in diesem Sinn, die zumeist nicht aus der etablierten westlichen Osteuropaforschung kamen. Der in der Emigration lebende russische Historiker Georgij Fedotov sprach 1947 von der Sowjetunion als von einem "zum Untergang verurteilten Imperium". "Der Bolschewismus wird sterben ebenso wie der Nationalsozialismus gestorben ist." Fedotov betrachtete den Untergang des Imperiums keineswegs als ein Unglück, sondern im Gegenteil als "eine moralische Reinigung, als eine Befreiung der russischen Kultur von einer schrecklichen Last...".<sup>2</sup>

"Es scheint so sicher, wie solche Dinge sicher sein können, daß der Kommunismus... sich als kurzlebig erweisen wird", schrieb der bekannte amerikanische Soziologe Talcott Parsons 1964, weil der kommunistische Totalitarismus sich als strukturell unfähig erweisen werde, mit den liberal-demokratischen Systemen hinsichtlich der Integrationsfähigkeit zu konkurrieren.<sup>3</sup> Eine erstaunliche Hellsichtigkeit spricht aus einem Beitrag des Journalisten Bernhard Levin in der Londoner "Times" im August 1977. Er hielt eine "neue russische Revolution" für "unvermeidlich". Mit einer Reform sei es nicht getan, denn "es wird keine Möglichkeit geben, die Flut zu stoppen, wenn die erste Schleuse einmal geöffnet ist".<sup>4</sup>

Nach 1991 hat ein breiter Strom beschreibender und erklärender Forschungsliteratur eingesetzt, wobei in der Regel die Darstellung der erfolglosen Perestrojka im Mittelpunkt steht, die entgegen den Intentionen der Handelnden mit dem Zerfall der KPdSU und der Sowjetunion endete. Die Erforschung der langfristigen Verfallserscheinungen und der strukturellen Ursachen befindet sich erst in den Anfängen und wird wohl einer der wichtigsten und interessantesten Themenbereiche der Osteuropaforschung in der Zukunft sein.<sup>5</sup> Hierbei spricht die Forschung aus Rußland zum ersten Mal

<sup>1</sup> S. Bialer, *Stalin's successors. Leadership, stability and change in the Soviet Union*, Cambridge 1980, S. 207. Vgl. T. Rakowska-Harmstone, *The dialectics of nationalism in the USSR*, in: *Problems of Communism* 23, 3/1974, S. 1-32; R. Pipes, *Introduction: the nationality problem*, in: *Handbook of major Soviet nationalities*. Hrsg. Z. Katz/R. Rogers/F. Harned, N.Y. 1975, S. 1-5; H. Carrère d'Encausse, *L'Empire éclaté. La révolte des nations en URSS*, Paris 1978; G. Simon, *Nationalitätenprobleme und die Regierbarkeit der Sowjetunion*, in: *Osteuropa* 34, 1984, S. 759-768.

<sup>2</sup> Fedotov, *Sud'ba imperij*, S. 167ff.

<sup>3</sup> T. Parsons, *Evolutionary universals in society*, in: *American Sociological Review* 29, 1964, S. 356; zitiert nach: St. White, *Political culture and Soviet politics*, London 1979, S. 171.

<sup>4</sup> Der Artikel wurde auszugsweise wieder abgedruckt in: *The National Interest* 31, Frühjahr 1993, S. 64f.

<sup>5</sup> Einige Beispiele aus der insgesamt führenden englischsprachigen Forschung: *From Union to Commonwealth. Nationalism and separatism in the Soviet republics*. Hrsg. G. Lapidus/V. Zaslavsky, Cambridge und N.Y. 1992; *The post-Soviet nations. Perspectives on the demise of the USSR*. Hrsg. A.J. Motyl, N.Y. 1992; *After the Soviet Union. From empire to nations*. Hrsg. T.J. Colton/R. Legvold, N.Y. 1992; *Nationalism and the breakup of an Empire. Russia and its periphery*. Hrsg. M. Rezun, Westport 1992; *Nationalism and Empire. The Habsburg Empire and the Soviet Union*. Hrsg. R.L. Rudolph/D.F. Good, N.Y. 1992; B. Fowkes, *The rise and fall of communism in Eastern Europe*, N.Y. 1993; R. Daniels, *The end of the communist revolution*, London 1993; B. Kiernan, *The end of Soviet politics. Elections, legislatures, and the demise of the Communist Party*, Boulder CO 1993; J.B. Dunlop, *The rise of Russia and the fall of the Soviet Union*, Princeton NJ 1993; G. Gill, *The collapse of a single-party system. The disintegration of the Communist Party of the Soviet Union*, Cambridge 1994; R. Pearson, *The making of '89: Nationalism and the dissolution of communist Eastern Europe*, in: *Nations and Nationalism*, Bd. I, Heft 1, März 1995, S. 69-79.

seit 1917 mit eigener Stimme.<sup>1</sup>

Einige Kontroversen der Forschung zeichnen sich ab. Auf der einen Seite wird die Position vertreten, der Untergang der UdSSR sei bereits mit der bolschewistischen Revolution von 1917 programmiert gewesen. Die "ideokratische Partokratie" mit ihrem verkehrten Bild vom Menschen und von der Geschichte habe keine Chance gehabt, sich auf Dauer zu behaupten.<sup>2</sup> Dem wird entgegengehalten, der Untergang des kommunistischen Regimes und der Sowjetunion sei weder unvermeidlich noch prädestiniert gewesen, sondern das Ergebnis besonderer und unvorhersehbarer historischer Konstellationen.<sup>3</sup>

Zwar wird niemand der Monokausalität das Wort reden, aber die Debatte darüber, welchen Ursachen welches Gewicht zukommt, muß die Forschung beschäftigen: Ist der Untergang in erster Linie Folge der ideologischen Aushöhlung und der politischen Krise oder ist er zuerst auf die Ineffizienz der Planwirtschaft und soziale Spannungen zurückzuführen? Waren die Nationalbewegungen seit langem ein Sprengsatz, oder sind sie erst infolge der Krise der Parteiherrschaft wirksam geworden? In den Kontroversen über das Ende der Sowjetunion werden zum Teil die Auseinandersetzungen über den Anfang, über die russische Revolution von 1917 fortgesetzt. War die russische Revolution in erster Linie eine politische oder eine soziale Revolution? Die Diskussion darüber wird bis heute mit unverminderter Härte geführt.<sup>4</sup>

### 3. Was hielt die Sowjetunion zusammen?

Es gibt zunächst eine einfache Antwort auf diese Frage: die bolschewistische Partei. Am Ende des Ersten Weltkriegs und unter dem Eindruck der Februarrevolution von 1917 begann der Zerfall des Rußländischen Reiches, der sich nach der Machtergreifung der Bolschewiki im Oktober beschleunigt fortsetzte. Aber im Zuge des Bürgerkriegs gelang es den Bolschewiki, diesen Prozeß zunächst anzuhalten und dann umzukehren. Im Dezember 1922 gründeten sie förmlich die UdSSR, deren Grenzen im Osten und Süden weitgehend identisch waren mit denen des Rußländischen Reiches. Im Westen konnte allerdings zunächst der Bestand des alten Reiches nicht restituiert werden: Finnland, die baltischen Staaten, Polen und Bessarabien (Moldau) blieben außerhalb. Die polnisch-sowjetische Grenze verlief weit östlich der polnisch-weißrussischen und polnisch-ukrainischen Volkstumsgrenzen.

---

Beispiele aus der deutschen Forschung: H. Hecker, Untergang eines Weltreiches, in: Osteuropa 42, 1992, S. 465-481; E. Jahn, Der Umbruch in Osteuropa - ein Ereignis mit weltpolitischen Auswirkungen, in: Osteuropa 43, 1993, S. 21-32; H. Horn, Der Kollaps des kommunistischen Herrschaftssystems in der Sowjetunion. Ursachen und Folgen, in: Osteuropa 43, 1993, S. 33-43; G. und N. Simon, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993; Die revolutionäre Umwälzung in Mittel- und Osteuropa. Hrsg. Göttinger Arbeitskreis, Berlin 1993; J. Franzke, Imperium unter dem roten Banner. Überlegungen zum Ende der Sowjetunion, in: Welt Trends 6, 1995, S. 55-75

<sup>1</sup> Vgl. A.G. Višnevskij, Edinaja i nedelimaja, in: Političeskie issledovanija 2/1994, S. 26-38; V.M. Zubok, Istočniki delegitimizacii sovetского režima, in: Ebd., S. 88-97.

<sup>2</sup> M. Malia, The Soviet tragedy. A history of socialism in Russia, 1917-1991, N.Y. 1994.

<sup>3</sup> A. Dallin, Causes of the collapse of the USSR, in: Post-Soviet Affairs 1992, 8, 4, S. 279-302.

<sup>4</sup> Vgl. die Rezension von R. Pipes zu B. Bonwetsch, Die russische Revolution 1917. Eine Sozialgeschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis zum Oktoberumsturz, Darmstadt 1991, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 42, 1994, S. 118.

Die bolschewistische Partei war ein durchaus neues Instrument der Reichsbildung und Reichserhaltung, ohne Vorbild in der europäischen Geschichte. Die Partei Lenins unterwarf sich den Staat mit all seinen Ausformungen, der Armee, Polizei, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft usw. und setzte sich als eine Art Überstaat und oberster Leiter an die Spitze des Gemeinwesens. Die Gebiete des Rußländischen Reiches, die sich für autonom oder unabhängig erklärt hatten, wurden durch die Rote Armee im Zuge des Bürgerkriegs zurückerobert, die Nationalbewegungen gewaltsam zerschlagen und ihre Überreste in die Partei- und Sowjetorgane kooptiert. Eigenständige nationale Organisationen wurden nirgends zugelassen, aber die kommunistische Partei schuf mit der Politik der Indigenisierung (korenizacija) in den 1920er Jahren eine Art Ersatz. Angehörige der nichtrussischen Völker wurden in einem bestimmten Umfang positiv diskriminiert, ihre Sprache und ihr Volkstum gefördert, und sie wurden beim Aufstieg in die neuen sowjetischen Eliten bevorzugt berücksichtigt. Das geschah unter dem Vorbehalt und der Voraussetzung uneingeschränkter Loyalität gegenüber der Sowjetordnung.

Die Bolschewiki waren davon überzeugt, daß sich der Nationalismus nur in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entwickeln könnte, und daß sie auch hier den Schlüssel für die bessere und universale Welt der Zukunft gefunden hätten. Die "sozialistischen Nationen" würden sich "entfalten" und in der kommunistischen Endgesellschaft sogar miteinander "verschmelzen". Separatismus und Eigenstaatlichkeit aber würden sie nicht suchen, sie würden sich vielmehr konfliktfrei in die immer homogener werdende Sowjetgesellschaft einfügen. Es bleibt erstaunlich, daß die kommunistische Partei unter diesen falschen Voraussetzungen jahrzehntelang eine im ganzen erfolgreiche Politik gemacht hat. Einer der Gründe liegt darin, daß die Parteiführung nicht zögerte, ihren ideologischen Vorannahmen auch mit Gewalt zur Realität zu verhelfen, wenn sich diese Realität freiwillig nicht einstellte. Das war die Dialektik der Revolution.

Auch im Bereich des Staatsrechts entwickelten die Bolschewiki ein eigenes Instrument, um den Vielvölkerstaat zusammenzuhalten: den Sowjetföderalismus. Dies war ein kompliziertes System abgestufter administrativ-territorialer Autonomien von den Unionsrepubliken über die Autonomen Republiken, Autonomen Gebiete usw. bis hinunter zu nationalen Dorfsowjets, das die großen und viele kleine Nationen und Völkerschaften mit Symbolen nationaler Eigenständigkeit ausstattete, ohne ihnen doch tatsächlich Selbstverwaltung und Selbstbestimmung zu gewähren. Denn der Sowjetföderalismus wurde überwölbt und in der realen Politik durch einen rigorosen Zentralismus innerhalb der KPdSU außer Kraft gesetzt. Eine Föderalisierung der Partei kam nicht in Frage. Da aber alle wesentlichen Entscheidungen von Parteiorganen getroffen und von Sowjetorganen lediglich exekutiert wurden, blieb der Sowjetföderalismus eine leere Hülle, solange die Partei die Macht fest in der Hand hatte. Angesichts der Herrschaftskrise der Partei seit den 1970er Jahren zeigte sich dann, daß sich der Sowjetföderalismus in einem jahrzehntelangen Prozeß vom Schein zu einer Realität entwickelt hatte. Er wurde schließlich zum Totengräber der Sowjetunion. War anfangs die Parteiherrschaft die Realität und der Sowjetföderalismus der Schein, so hatte sich Ende der 1980er Jahre das Verhältnis umgekehrt.

Die Bolschewiki haben verhindert, daß das Rußländische Reich nach 1917 den gleichen Weg ging wie die Donaumonarchie. Sie haben damit den Vielvölkerstaat Sowjetunion von der europäischen Entwicklung abgekoppelt und den Prozeß der Bildung von Nationalstaaten auf dem Territorium des

Vielvölkerimperiums vom Anfang auf das Ende des Jahrhunderts verschoben. Zur Stabilisierung der Sowjetunion trug die Nationalitätenpolitik der Partei im ersten Jahrzehnt nach 1917 bei, durch sie sollten die nichtrussischen Völker jedenfalls nachträglich für die Revolution gewonnen werden. Die Politik der "korenizacija" hob sich positiv ab von der Russifizierungspolitik der zarischen Regierung in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg, aber auch von der Assimilierungspolitik gegenüber den nationalen Minderheiten in manchen Staaten Ostmitteleuropas in der Zwischenkriegszeit. Das Ukrainertum konnte sich in der Ukrainischen SSR besser entfalten als im polnischen Galizien.

Die Politik der Derussifizierung endete in den 1930er Jahren; die Stalinsche Diktatur setzte immer stärker auf die Russen als das entscheidende Element für den Fortbestand des Imperiums. Russische Zuwanderer, russische Führungskader, die russische Sprache und die Assimilation an das Russentum galten jetzt als die natürliche und notwendige Klammer für den kommunistischen Vielvölkerstaat. Dieser Umschlag der Politik war nicht zuletzt die Folge erfolgreicher Nationsbildung im Jahrzehnt zuvor. Ein Großteil der nichtrussischen Eliten einschließlich der neuen Führungskader aus bolschewistischer Zeit wurde in den 1930er Jahren als "bourgeoise Nationalisten" entlarvt und "liquidiert". Der Totalitarismus fürchtete mit Recht die Konkurrenz der Nationen als Organisationsprinzip des Gemeinwesens.

Russen galten nun als die natürlichen Agenten des Zentrums an der Peripherie. Es gehört zu den Besonderheiten des Rußländischen Reiches sowohl vor als auch nach 1917, daß Russen zwar vielfach in den Führungsschichten dominierten und daß die russische Sprache und Kultur Staat und Gesellschaft prägten. Dennoch ist das zahlenmäßig mit Abstand größte Volk des Reiches nicht insgesamt Nutznießer des Imperiums gewesen. Große Teile der bäuerlichen und städtischen Unterschichten zählten im Gegenteil zu den Parias der Gesellschaft.

Als die bolschewistische Partei das Imperium in Gestalt der Sowjetunion wieder zusammenfügte, wurde sie nicht in erster Linie von einem Reichspatriotismus angetrieben, sondern von einer Ideologie, deren Ziele weit darüber hinaus reichten. Die russischen Revolutionäre waren angetreten, um den Sozialismus aufzubauen, Gerechtigkeit und Gleichheit in der Gesellschaft durchzusetzen, Ausbeutung zu beseitigen und die Geschichte an ihr Ziel zu bringen. Um diese von Marx vorgedachten, von Lenin mit politischem Instrumentarium ausgestatteten Ziele zu erreichen, war kein Opfer zu groß, kein Blut zu viel und kein Machtmittel zu infam. Der Sozialismus als das höchste Gut und Ersatz für die verlorene religiöse Welt hat im 20. Jahrhundert nicht nur die russische Intelligenz fasziniert, sondern er hat auch in der westlichen Welt viele Anhänger gefunden, die blind und taub waren für die ungeheure Brutalität, mit der Lenin von Anfang an die Ziele der Geschichte durchsetzte.

Die Ideologie lieferte die Legitimation für die wichtigsten Institutionen und Strukturen des Sowjetsystems, dessen Aufbau Mitte der 1930er Jahre abgeschlossen war und das bis zum Schluß weitgehend unverändert blieb. Das Machtmonopol der kommunistischen Partei war nur ideologisch begründbar, eine demokratische Legitimation wurde zu keiner Zeit angestrebt. Parlamentarische Demokratie und politischer Pluralismus galten vielmehr als reaktionär und als Instrumente des Kapitalismus zur Ausbeutung der werktätigen Massen. Die kommunistische Partei verkörperte eine fortschrittliche, höhere Form der Demokratie im Interesse des ausgebeuteten Proletariats und der mit ihm verbundenen Bauernschaft in der UdSSR. Die zuvor herrschenden Ausbeuterklassen wurden aus

dem sozialistischen Gemeinwesen ausgeschieden. Ähnlich wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit dem Anschluß an die UdSSR als verbraucht galt, war mit der Revolution und der Machtübernahme durch die Bolschewiki ein für allemal die sozialistische Wahl vollzogen und das Wahlrecht sozusagen durch die Geschichte konsumiert. An die Stelle der im Grundsatz unbeschränkten zarischen Monarchie trat die unbeschränkte Macht der kommunistischen Partei, die vom Führer der Partei ausgeübt wurde. Das Prinzip der Selbstherrschaft war in der russischen politischen Kultur fest verwurzelt. Dies trug zur Stabilität der neuen Ordnung bei.

Auch die Strukturprinzipien von Wirtschaft und Gesellschaft wurden aus der Ideologie abgeleitet: entschädigungslose Liquidierung des Privateigentums in der Wirtschaft und Verstaatlichung aller Produktionsmittel. Damit wurde die staatliche Verwaltung im wesentlichen identisch mit Wirtschaftsverwaltung - soweit sie nicht Polizeiaufgaben hatte. Die Planwirtschaft war ein zentrales Instrument der Herrschaft der Partei über die Gesellschaft. Die Ausschaltung des Marktes, des Profits und des Eigeninteresses an der Wirtschaftstätigkeit, des individuellen und kollektiven Egoismus verlangte geradezu den Einsatz von Zwang und Gewalt, um die Menschen anzutreiben, zu belohnen und zu bestrafen. Die neuen Machthaber schufen dazu die Voraussetzungen, denn Macht und Eigentum lagen jetzt in einer Hand. Auch dies entsprach in bestimmtem Umfang russischer Tradition, denn imperium und dominium waren in Rußland erst spät und unvollständig auseinandergetreten. Die Eigentumsmentalität war nur schwach verwurzelt, die Gesellschaft erwartete vielmehr Zuteilung und Gerechtigkeit von oben.<sup>1</sup>

Der integrale Sozialismus, die Erwartung, daß Ungerechtigkeit und Ungleichheit unter Menschen in der neuen Zeit verschwinden würden, hat die Bolschewiki zumindest bis in die 1930er Jahre motiviert und dem revolutionären Chaos von Bürgerkrieg und später von Kollektivierung und Industrialisierung einen Sinn vermittelt, auch wenn diese Ideologie zu keiner Zeit von der Gesellschaft insgesamt akzeptiert worden ist. Der revolutionäre Sozialismus enthielt außerdem das Versprechen, mit der ewigen Rückständigkeit Rußlands gegenüber Europa endlich Schluß zu machen und Rußland aus der Nachhut der Geschichte mit einem Schlag in die Avantgarde zu katapultieren: für alle Patrioten eine faszinierende Perspektive.

So wurde die Sowjetunion bis in die 1930er Jahre von einer revolutionären Diktatur zusammengehalten, die sich durch eine totalitäre Ideologie rechtfertigte und zugleich in mancher Hinsicht an die überkommenen Traditionen des Landes anknüpfte. Die Bolschewiki waren entschlossen, den Weg in das goldene Zeitalter inmitten einer Welt von Feinden mit rücksichtsloser Gewalt durchzusetzen. Feinde wurden geradezu zu einer Voraussetzung für das Funktionieren des Sowjetsystems. Stalin rechtfertigte seine "Revolution von oben" seit Ende der 1920er Jahre unter anderem mit der kapitalistischen Einkreisung und der angeblich drohenden Kriegsgefahr. Als die Feinde von außen nicht losschlügen, wurden wie im Fieberwahn immer neue Feinde im Inneren der Sowjetunion erfunden: Kulaken, Trotzlisten, Nationalisten, Spione, Saboteure, Doppelzüngler, Volksfeinde... - die nach vielen Millionen zählenden Bewohner und Toten des Gulag.

Inmitten des Massenterrors erklärte Stalin 1936 den Aufbau des Sozialismus für "im wesentlichen" abgeschlossen. Die ursprüngliche revolutionäre Ideologie hatte sich erschöpft, jetzt sollte der Terror

---

<sup>1</sup> G. Simon, Zukunft aus der Vergangenheit. Elemente der politischen Kultur in Rußland, in: Osteuropa, Heft 5, 1995, S. 455-482.

die Stabilität der Sowjetunion sichern. Terror und Gulag stabilisierten das Land nicht nur durch die Angst, sondern auch durch die Gewinner. Hunderttausendfach wurden Plätze frei für sozialen Aufstieg und Leitungsfunktionen. Die Brežnev-Generation erhielt ihre Ausbildung und politische Prägung in den 1930er Jahren. Für zwei Jahrzehnte bis zu Stalins Tod (1953) trat die kommunistische Partei als Träger der Macht zurück. Exekutoren der Diktatur wurden in erster Linie die Repressions- und Terrororgane.

Der Angriff Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion und der Sieg im "Großen Vaterländischen Krieg" hat der Sowjetmacht wie kein anderes Ereignis neue Legitimität verliehen. Obwohl das Stalin-Regime Ende der 1930er Jahre geschwächt war, und die Völker der Sowjetunion im Krieg ungeheure Opfer bringen mußten, stand die Sowjetmacht 1945 als von innen und außen unangreifbar dar. Sie genoß hohes Ansehen bei den westlichen Alliierten, sogar manche antikommunistischen Emigranten machten ihren Frieden mit Stalin. Der Sieg über Hitler-Deutschland blieb bis zum Ende der Sowjetmacht und darüber hinaus in der nachkommunistischen Rußländischen Föderation ein zentrales identitätsstiftendes Ereignis. Die Erinnerung an die Niederwerfung des Feindes ersetzte gewissermaßen die immer blasser werdende Hoffnung auf das kommunistische goldene Zeitalter in der Zukunft. Krieg und Sieg ließen für eine Zeitlang die Konflikte zwischen den Völkern der Sowjetunion und die Spannung zwischen der Macht und den Menschen in den Hintergrund treten.

Der Sieg im Zweiten Weltkrieg veränderte das Machtgleichgewicht zugunsten der UdSSR und schuf die Voraussetzungen für den Status der Supermacht und die militärische Parität mit den USA seit Anfang der 1970er Jahre. Im Zuge des Zweiten Weltkriegs stellte die Sowjetunion nicht nur die Westgrenzen des Rußländischen Reiches wieder her (ohne Polen und Finnland), sondern erweiterte sie durch die Einverleibung Galiziens, der nördlichen Bukowina, der Karpato-Ukraine und Nord-Ostpreußens. Vor allem aber schuf die Rote Armee die Voraussetzungen für den Aufbau eines äußeren Imperiums bis an die Elbe, das nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen - wie es schien endgültig - seit 1975 (Schlußakte von Helsinki) auch vom Westen als legitimer sowjetischer Besitzstand anerkannt wurde. War die stetige Expansion der Sowjetmacht - seit den 1960er Jahren zusätzlich in viele Regionen der Dritten Welt - nicht Beweis für die Richtigkeit des sozialistischen Weges, für die erfolgreiche Führung durch die kommunistische Partei und ihren Generalsekretär?

Die sowjetischen Führer nach Stalin ergriffen außerdem in zwei Bereichen entschlossene Maßnahmen, um das Land im Inneren zu stabilisieren. Der Massenterror wurde eingeschränkt und Chruščëv versprach auf dem 20. Parteitag (1956) in verschlüsselter Form, daß es soziale Katastrophen wie die Kollektivierung der Landwirtschaft nicht mehr geben sollte. Vor allem aber wurde den Eliten, der Nomenklatura, die Sicherheit von Leib und Leben zugesagt. Säuberungen waren für die Betroffenen nicht mehr wie in der Stalin-Zeit lebensbedrohlich. Seit Mitte der 1960er Jahre blieb auch der soziale Status eines Mitglieds der Nomenklatura meist erhalten, wenn er/sie aus dem Amt gejagt wurde.

Zum anderen stieg seit Mitte der 1950er Jahre der Lebensstandard der Bevölkerung, insbesondere in den rasch wachsenden Großstädten langsam, aber fühlbar an. Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion, Wohnungsbau und die steigende Produktion von Waren des alltäglichen Bedarfs haben entscheidend zur inneren Stabilität in den Jahrzehnten nach Stalins Tod beigetragen. Außerdem kam

es zu einer umfangreichen Ausweitung des Bildungsangebots, das nicht nur endgültig das Analphabetentum beseitigte, sondern die Sowjetunion überholte im Bereich Bildung und Ausbildung manche Staaten Südeuropas und die Südstaaten der USA. In gewisser Hinsicht hat also in der Sowjetunion Modernisierung stattgefunden: Industrialisierung, Urbanisierung und Bildungsexplosion lassen sich durch lange und eindrucksvolle Zahlenkolonnen belegen. Aber die Partei wollte nur eine Pseudomodernisierung: Fabrik ohne Parlament, Bildung unter den Bedingungen der Zensur, Wissenschaft ohne Informationsfreiheit und Öffnung zum Westen. Auf längere Sicht ließ sich die halbe Modernisierung nicht durchhalten.

#### **4. Delegitimierung des Sowjetsystems**

Der Zusammenbruch der Sowjetunion erfolgte sehr rasch und erstaunlich unblutig. Auch die meisten Akteure rechneten in der ersten Hälfte des Jahres 1991 kaum damit; im Dezember wurde die rote Fahne über dem Kreml eingezogen. Dies wird nur erklärbar, wenn man sich den langfristigen und in manchen Fällen wenig spektakulären Degenerationsprozessen zuwendet, die das Sowjetsystem und den Staat ausgehöhlt und von innen destabilisiert haben.

Der Marxismus-Leninismus-Stalinismus war eine allumfassende und verbindliche Weltanschauung, die beanspruchte, die objektive Wahrheit über die Natur, die Geschichte und damit den Menschen zu kennen. Diese Weltanschauung war eine wesentliche Grundlage des Sowjetsystems. Sie durchdrang und bestimmte nicht nur Bildung und Wissenschaft, Kultur und Propaganda, sondern sie stellte die entscheidende Legitimierung für die Herrschaft der KPdSU dar. Aus der Ideologie ließ sich die uneingeschränkte Ausübung von Gewalt rechtfertigen, denn dies geschah im Namen von Wahrheit und Gerechtigkeit, also auf einer gleichsam religiösen Grundlage. Obwohl die Sowjetideologie im Prinzip bis zum Ende der Sowjetunion fortbestand, begann ihre Überzeugungskraft und mobilisierende Wirksamkeit schon lange zuvor nachzulassen. Der Massenterror der Kollektivierung seit Ende der 1920er Jahre und die vernichtenden Säuberungen auch innerhalb der kommunistischen Partei in den 1930er Jahren bedeuteten im Grunde das Eingeständnis der mangelnden Wirksamkeit der Ideologie, obwohl diese Politik selbstverständlich ideologisch gerechtfertigt wurde.

Seit den 1930er Jahren trat die ideologische Sprachregelung immer stärker an die Stelle der Realität. Die Wirklichkeit waren Angst und Terror, die Sprachregelung hieß Aufbau des Sozialismus. Tatsächlich entwickelten die Völker der Sowjetunion ein zunehmendes Selbstbewußtsein, die Ideologie aber sprach davon, daß die nationale Frage gelöst sei. Die Ausschaltung möglicher Rivalen durch Stalin hieß Kampf gegen Spione und Verräter des Vaterlands. Die Propaganda hatte die Aufgabe, die Wirklichkeit zu verdecken und sie durch Wunsch- und Zielprojektionen zu ersetzen, in der Kunst hieß das Sozialistischer Realismus. Aus Angst und Anpassung entstand in der Gesellschaft ein Doppel- und Mehrfachbewußtsein, die Wirklichkeit wurde immer unsichtbarer. Zu den Folgen gehörte, daß Wirklichkeit und Propaganda auch für die Führung nicht mehr zu unterscheiden waren. So weigerte sich Stalin, die Hungersnot in der Ukraine 1946/47 zur Kenntnis zu nehmen.<sup>1</sup> Auch in den Jahrzehnten nach Stalins Tod hatte die Führung keine angemessene Kenntnis von der Gesellschaft, die sie regierte. Honecker glaubte noch im Herbst 1989, die DDR befinde sich

---

<sup>1</sup> Chruschtschow erinnert sich, Reinbek 1971, S. 231ff.

unumkehrbar auf dem Weg des Sozialismus.

Seit den 1960er Jahren wurde der Marxismus-Leninismus mehr und mehr zu einer Kulisse, hinter der sich unsichtbar der Untergang des Systems vorbereitete. Zentrale Aussagen vom Aufbau des Kommunismus wurden zum Gegenstand von Spott und Hohn. Immer weniger Menschen glaubten an das, was sie in der Schule und Universität lernen mußten, jeden Tag im Fernsehen sahen und selber reproduzierten, um Anpassung zu simulieren. Auf längere Sicht kann jedoch kein System fortbestehen, wenn nicht zumindest bestimmte Kerngruppen die Grundorientierungen und Grundwerte teilen, und zwar aus Überzeugung, nicht aus Opportunismus. Es gibt keinen Kommunismus ohne Kommunisten, ebensowenig wie eine Demokratie ohne Demokraten.

Chruščëv, der Nachfolger Stalins, der vielleicht mehr als sein Vorgänger und seine Nachfolger von der Richtigkeit des Marxismus-Leninismus durchdrungen war, versuchte, der Ideologie noch einmal neue Überzeugungskraft zu vermitteln. Die Destalinisierung, d.h. eine teilweise Kritik an Stalin und seiner Politik, sollte den Sozialismus von den Verbrechen der Stalin-Zeit reinigen und ihm neue Legitimität verleihen. Dies gelang jedoch nicht. Alle waren mit der Destalinisierung unzufrieden: die Führungseliten, weil sie fürchteten, selbst in den Strudel hineingerissen zu werden, der das ganze Sowjetsystem unterspülen würde, und die Vertreter des "Taufweters", weil sie die Destalinisierung für halbherzig und inkonsequent hielten.

Chruščëvs Teilanklage gegen Stalin hat dennoch in einem unbeabsichtigten Sinn Schule gemacht: Alle Nachfolger Chruščëvs haben sich ähnlich wie er vom Vorgänger distanziert, ihn zur Unperson erklärt und damit erheblich zur Delegitimierung des Sowjetsystems beigetragen. Die Brežnev-Führung belegte Chruščëv mit einem Tabu; nach 1985 hieß die Brežnev-Epoche verächtlich "Zeit der Stagnation", ja des "Totalitarismus". Jede neue Führung ließ die Geschichtsbücher umschreiben. Die in Medien und Wissenschaft allgegenwärtigen Zitate aus den Reden und Werken des früheren Partei- und Staatsführers verschwanden, Straßen, Fabriken und Ortschaften, die seinen Namen trugen, wurden umbenannt. Auch Gorbachev hielt sich an dieses Schema, das keineswegs eine abgewogene Auseinandersetzung mit den vorangegangenen Jahrzehnten bedeutete. Der Personenkult für den jeweiligen Führer war so fordernd, daß er den Sturz aller Vorgänger vom Podest nötig machte. Dieser immer wiederkehrende, und deshalb voraussehbare Umschlag vom größten Führer zur Unperson, konnte in der Gesellschaft nur Zynismus und Spott auslösen. Die Sowjetmacht zerstörte ihre eigene Geschichte. Nur Lenin erstrahlte im unbefleckten, heroischen Glanz; jeder neue Führer seit Stalin stilisierte sich als den "treuesten Schüler Lenins". Nach der Selbstdarstellung war die Sowjetunion also von den über 70 Jahren eigener Geschichte die weitaus längste Zeit von unfähigen, unwürdigen oder gar verbrecherischen Führern regiert worden.

Das zentrale Institut des Sowjetsystems war die KPdSU. So wie sie die entscheidende Klammer für den Zusammenhalt der UdSSR gewesen war, so wurde die Krise der Parteiherrschaft zur wichtigsten Ursache für den Untergang des Staates Sowjetunion. Wie legitimiert sich eine revolutionäre Partei, die keine Revolution mehr macht? - Auf diese Frage läßt sich die Herrschaftskrise zuspitzen. Die KPdSU war ein Apparat zur Machteroberung und Machterweiterung. Für die Verwaltung von Staat und Wirtschaft, also zur Fortschreibung des Status quo war eine solche Organisation überflüssig, zumal es parallel zu ihr die staatlichen Sowjetorgane und die Wirtschaftsbürokratie gab, die Entscheidungen der Parteiorgane exekutierten. Die Partei Leninschen Typs hatte einzigartige

Instrumente der Herrschaft entwickelt. Sie war in alle Organisationen des Staates, der Wirtschaft, der Armee, der Bildung, des Sports usw. eingedrungen, bildete dort mit ihren Parteikomitees den "führenden Kern" und lenkte so das gesamte öffentliche Leben über ihre "Transmissionsriemen".

Die Parallelität der Leitungsapparate erwies sich dennoch von Anfang an als ein strukturelles Dilemma. Diese Struktur war auf Kriegs- und Krisenzeiten zugeschnitten, um die letzten Reserven zu mobilisieren. Unter normalen Friedensbedingungen im Inneren und nach außen wurde die ohnehin schwerfällige Bürokratie durch den Parteiapparat noch ineffizienter und korruptionsanfälliger. Hinzu kam, daß der Parteiapparat für alles zuständig, aber für nichts verantwortlich war, denn die Ausführung der Beschlüsse war Sache anderer Organe.

Das Legitimitätsdefizit des Parteiapparats hatte bereits unter Chrušëev zu weitreichenden Reformplänen geführt. Chrušëev wollte der Partei konkrete Aufgaben in der Wirtschaftsverwaltung übertragen; auf der unteren Ebene in der Landwirtschaft kam es sogar zu einer Verschmelzung des Parteiapparats mit der Verwaltungsbürokratie. So sollte der Partei neue Legitimität in der Gesellschaft verschafft und die Spuren der stalinistischen Verbrechen getilgt werden. Die Mehrheit in der Parteiführung widersetzte sich jedoch diesen Reformen, die auf die Beseitigung der Sonderstellung des Parteiapparats hinausliefen, alles zu leiten, aber nichts zu verwalten. Nach dem Sturz Chrušëevs (Oktober 1964) wurde die klare Trennung wiederhergestellt; der Parteiapparat sollte außerhalb und über allen anderen Bürokratien stehen. Nur so konnte der Kern des sowjetischen politischen Systems bewahrt werden.<sup>1</sup>

Ein zentraler Bereich der Herrschaft ist die Personalpolitik. Die Partei Lenins hatte ein ausgefeiltes Instrumentarium entwickelt, um hier alle Fäden in der Hand zu behalten. Zehntausende von Positionen auf den oberen administrativ-territorialen Ebenen und hunderttausende von Leitungsfunktionen auf unteren Ebenen und in der Provinz in allen Bereichen von Staat, Wirtschaft, Streitkräften, Wissenschaft usw. konnten nur auf Anweisung oder mit Zustimmung des zuständigen Parteikomitees besetzt werden. Diese Sowjetelite oder Nomenklatura besaß de facto die Verfügungsgewalt über Waren, Dienstleistungen und Macht. Seit den 1960er Jahren und dem Ende der Säuberungen wurde sie mehr und mehr eine nach außen abgeschlossene, wenn auch in sich außerordentlich hierarchisch gegliederte, zur Selbstrekrutierung tendierende Schicht. Während in der Stalin-Zeit Aufstieg durch Terror möglich war, neigte die Nomenklatura unter den Bedingungen knapper werdender Ressourcen unter Brežnev zu Immobilität, Sicherung des Bestehenden und Ablehnung aller Reformen, weil sie davon eine Minderung ihrer Privilegien zu befürchten hatte. "Stabilität der Kader" hieß die Losung der Brežnev-Zeit. Sie bedeutete soziale Sicherheit für die, die einmal drin waren. Die Korruption nahm in den letzten Jahrzehnten der Sowjetunion zuvor unbekannte Ausmaße an, sie reichte bis in das Politbüro und die Familie Brežnev hinein. Das Sowjetsystem wurde zu einem Selbstbedienungsladen für die Nomenklatura.<sup>2</sup>

Sozialer Aufstieg in allen Bereichen, auch weit unterhalb der Nomenklatura, setzte in aller Regel die Mitgliedschaft in der KPdSU voraus. Dies hatte zwei Konsequenzen: In die Partei drängten Menschen, die Karriere machen wollten; es reichte aus, politischen und weltanschaulichen

---

<sup>1</sup> G. Simon, Chrušëevismus. Wie wandlungsfähig ist das Sowjetsystem? In: Weltmacht Sowjetunion. Hrsg. G. Simon, Köln 1987, S. 53ff.

<sup>2</sup> M. Voslensky, Nomenklatura. Die herrschende Klasse in der Sowjetunion, Wien 1980.

Konformismus zu demonstrieren. "Gläubige" Kommunisten gab es in den nachwachsenden Eliten ohnehin immer seltener. Andererseits blieben über 90 Prozent der Bevölkerung vom sozialen Aufstieg von vornherein ausgeschlossen; 1988 stellten die 19,5 Millionen Mitglieder der KPdSU etwa sieben Prozent der Gesamtbevölkerung. Keine Gesellschaft im technischen Zeitalter kann sich ungestraft eine Elitenrekrutierung leisten, bei der Opportunismus belohnt, und andererseits Fähigkeiten und Talente in großem Stil mißachtet und ausgeschlossen werden.

Die Auflösungserscheinungen des Marxismus-Leninismus wurden durch die Ineffizienz der Einparteiherrschaft verstärkt. Die Partei hatte auch früher ihre Versprechungen nicht eingelöst, aber bis in die 1960er Jahre die Verantwortung immer auf äußere und innere Feinde abwälzen können. Chruščëv hatte versprochen, bis 1980 werde man die westlichen Industrieländer hinsichtlich des Lebensstandards "ein- und überholen"; die Grundlagen des Kommunismus sollten 1980 errichtet sein. Die Partei zahlte für diese grotesken Fehlprognosen mit Legitimitätsverlust.

Er war um so gravierender, als sich die Gesellschaft in den Jahrzehnten nach Stalin erheblich verändert hatte, das politische System in seinem Grundmuster jedoch gleich geblieben war. Millionen von Menschen mit einer anspruchsvollen Schul- und Berufsausbildung waren herangewachsen, eine städtische Mittelschicht war entstanden, die ähnliche Konsumwünsche und Erwartungen an den Lebensstil entwickelte wie in westlichen Gesellschaften, von der politischen Partizipation aber ausgeschlossen blieb. Während es im Studienjahr 1927/28 in der Sowjetunion nur 163.000 Hochschulstudenten gab, erreichte ihre Zahl 1980/81 5,24 Millionen. Die neuen Intelligenzschichten lebten überwiegend in den Städten. Der Grad der Urbanisierung stieg von einem Drittel der Bevölkerung 1940 auf zwei Drittel 1990.<sup>1</sup>

Allerdings waren auch im Blick auf den gesellschaftlichen Wandel seit den 1970er Jahren Stagnationserscheinungen unübersehbar. Schul- und Bildungswesen hielten mit den gewachsenen Erwartungen nicht Schritt; die Gesundheitsfürsorge kam über eine elementare Grundversorgung nicht hinaus. Die Wohnungsnot in den Städten blieb groß; auch Mitte der 1980er Jahre lebten noch mindestens 20 Prozent der städtischen Bevölkerung in Kommunalwohnungen, d.h. mehrere, einander fremde Mietparteien wurden in eine Wohnung eingewiesen.<sup>2</sup> In der Brežnev-Zeit sanken die Chancen für sozialen Aufstieg. Während zu Beginn der 1960er Jahre etwa sechzig Prozent der Abiturienten ein Hochschulstudium aufnahmen, waren es 1977 nur noch 15 Prozent (in beiden Fällen ohne Berücksichtigung der Abend- und Fernstudenten).<sup>3</sup> Zugleich stieg die Zahl der überqualifizierten Absolventen, denen kein angemessener Arbeitsplatz zugewiesen werden konnte. Die Temperatur in der Gesellschaft sank, und der Pessimismus der 1980er Jahre unterschied sich markant von der hoffnungsvollen Aufbruchstimmung im Jahrzehnt nach Stalins Tod.

Die vergreiste Parteiführung behandelte eine gut ausgebildete, städtische Bevölkerung nach wie vor wie unmündige Kinder. Sie hatten Lesen und Schreiben gelernt, aber die Partei dekretierte und zensierte, was sie lesen und schreiben sollten, welche Bilder sie sehen und welche Musik sie hören

---

<sup>1</sup> Sowjetunion 1990/91. Krise-Zerfall-Neuorientierung. Hrsg. BIOst, München 1991, S. 345.

<sup>2</sup> M.E. Ruban, Einkommen und Lebensstandard, in: Länderbericht Sowjetunion. Hrsg. G. Bütow, Bonn 1988, 2. Auflage, S. 120.

<sup>3</sup> M. Yanowitch, Schooling and inequalities, in: The Soviet worker. Hrsg. L. Schapiro/J. Godson, London 1981, S. 134.

durften. Den Sowjetmenschen wurden die elementaren persönlichen und politischen Freiheiten vorenthalten, die sich seit dem 18. Jahrhundert in Europa und Nordamerika durchgesetzt hatten: Glaubens- und Gewissensfreiheit, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, das Recht, politische Vereinigungen zu gründen. Der Weltanschauungsstaat war nicht bereit, seinen totalitären Anspruch aufzugeben, obwohl er ihn immer weniger einzulösen vermochte.

Während die Parteiführung krampfhaft am Status quo festhielt, regten sich seit den 1960er Jahren Kräfte der gesellschaftlichen Selbstorganisation. Die Dissidenten, d.h. Bürgerrechtsgruppen, waren nur die Spitze des Eisbergs. Sie, wie auch die meisten anderen gesellschaftlichen Gruppen, stellten das Sowjetsystem nicht grundsätzlich in Frage, sondern forderten die Macht auf, die eigenen Gesetze einzuhalten. Denn in der sowjetischen Verfassung gab es einen eindrucksvollen Katalog der Menschen- und Bürgerrechte. Tatsächlich bedeutete das Pochen auf Rechtsstaatlichkeit, das Ernstnehmen gesetzlicher Normen bereits die Aushebelung der Einparteiherrschaft, denn sie beruhte darauf, daß die Parteiführung keinen Gesetzen unterworfen war, daß die Politik stets höher stand als das Recht.

Die Delegitimierung hatte einen weiteren, wichtigen Aspekt: die nachlassende Leistungsfähigkeit der zentralen Planwirtschaft. Bis in die Mitte der 1970er Jahre hatte es ein Wachstum des Bruttosozialprodukts gegeben; der Lebensstandard verbesserte sich. Seither trat die Wirtschaft - nach nichtoffiziellen Berechnungen russischer Ökonomen - auf der Stelle und verzeichnete ab der Mitte der 1980er Jahre einen Rückgang der Produktion.<sup>1</sup> Null- und Minuswachstum von Wirtschaft und Lebensstandard wurden offiziell bis Ende der 1980er Jahre geleugnet; sie bedeuteten eine schwere Belastung für die Parteiherrschaft. Die subjektiven Ansprüche der Menschen hatten gegenüber der Stalin-Zeit erheblich zugenommen; die Schere zwischen Erwartungen und Realitäten öffnete sich immer weiter.

Die Wirtschaftskrise war um so ernster, weil sie systembedingt war, ihre Ursachen in den ordnungspolitischen Grundlagen der Sowjetwirtschaft hatte und sich nicht durch Reformen am System beheben ließ - wie die Perestrojka nach 1986 zeigte. Das Wachstum der 1950er bis 1970er Jahre war durch billige Rohstoffe und Energieträger sowie dadurch erreicht worden, daß aufgrund des Bevölkerungswachstums ständig mehr und schlecht bezahlte Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Der Übergang von extensiven zu intensiven Wachstumsfaktoren gelang jedoch nicht. Die teurer werdende Rohstoff- und Energiegewinnung und die kaum noch expandierende Zahl der Arbeitskräfte konnten nicht durch Produktivitätswachstum und Qualitätsverbesserung ausgeglichen werden. Je weiter der technische Fortschritt und die Differenzierung der Gesellschaft vorankamen, um so negativer wirkte sich die zentrale Verteilungs- und Planwirtschaft aus. Die komplexer werdende Wirtschaft ließ sich nicht in Kennziffern erfassen und planen. Vor allem aber konnte die motivierende Wirkung von Markt, Wettbewerb und Gewinn durch kein noch so ausgeklügeltes System der Verteilung und Kontrolle ersetzt werden. Initiative, Kreativität und das Streben nach Gewinnmaximierung wanderten in die Schattenwirtschaft und die Korruption ab. Die eiserne Faust des Stalinschen Terrors wirkte nicht mehr disziplinierend und abschreckend.

Eine zusätzliche Belastung ging von der expandierenden Rüstungswirtschaft in der Brežnev-Zeit aus.

---

<sup>1</sup> G. und N. Simon, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993, S. 107.

Zwar hatten Schwer- und Rüstungsindustrie in der Sowjetunion stets Priorität gehabt; privater Verbrauch und Konsumgüterindustrie hatten demgegenüber immer zurückstehen müssen, aber unter dem Schirm der Entspannung wurde der militärisch-industrielle Komplex weiter ausgebaut. Denn er allein war Voraussetzung und Garant der Weltmachtstellung. Nach inoffiziellen Berechnungen russischer Ökonomen beliefen sich die Rüstungsausgaben in den 1980er Jahren auf 20 Prozent bis 25 Prozent des Bruttosozialprodukts; sie betrug damit etwas das Vierfache der Belastung in den USA. Legt man Weltmarktpreise zugrunde, so verschlang die Rüstung Mitte der 80er Jahre in der Maschinenbauproduktion sogar mehr als 60 Prozent. Man hat deshalb von einer "permanenten Kriegswirtschaft mit peripherer Zivilproduktion" gesprochen.<sup>1</sup> Die Rüstungsindustrie prägte die gesamte Sowjetwirtschaft, weil alle anderen Sektoren bei der Zuteilung von Gütern, Dienstleistungen und Arbeitskräften als Restposten-Verwerter behandelt wurden. In den meisten zivilen Bereichen erfolgte so eine negative Wertschöpfung, d.h. es wurde - bei Zugrundelegung von Weltmarktpreisen - mehr aufgewendet als erzeugt.

Die Sowjetwirtschaft war mehr als andere Bereiche auch schon vor 1985 im Lande selbst zur Kritik freigegeben. Allerdings durfte diese Kritik vor der Glasnost-Ära niemals grundsätzlich sein und etwa die Priorität des militärisch-industriellen Komplexes oder die Planwirtschaft in Frage stellen. Aber daß die Sowjetwirtschaft die Menschen schlechter versorgte als die Ökonomie in den westlichen Industrieländern, war zu Beginn der 1980er Jahre nicht nur eine objektive, sondern auch eine subjektive Tatsache, d.h. ein wachsender Anteil der Bevölkerung sah das so.

Das hing mit der allmählichen Durchlöcherung des Eisernen Vorhangs seit den 1950er Jahren zusammen. Stalin war zu Recht davon überzeugt, daß die rigorose Abschließung nach außen eine Grundvoraussetzung für die Stabilität des Sowjetsystems war. Die teilweise Öffnung nach außen und der je länger um so weniger kontrollierbare Informationsaustausch mit dem Westen haben zur Delegitimierung des Sowjetsystems beigetragen. 1940 konnten nur etwa zwei Prozent der Bevölkerung der UdSSR ausländische Radiostationen empfangen, 1950 waren es acht Prozent und in den 1970er Jahren bereits etwa die Hälfte aller Menschen in der Sowjetunion. Zwar wurden die westlichen Sender bis Ende der 1980er Jahre zum Teil massiv gestört, sie haben dennoch das Informationsmonopol der sowjetischen Propaganda durchbrochen und ein scharf kontrastierendes Bild sowohl der Sowjetunion als auch des Westens geliefert.<sup>2</sup>

Durch die zunehmenden Kontakte der Wirtschaft und der Wissenschaft mit der Welt da draußen sowie durch die sowjetische Expansion in der Dritten Welt kamen Zehntausende von Angehörigen der sowjetischen Eliten ins Ausland. Seit 1970 verließen Hunderttausende von Juden und Deutschen das Land und lösten eine Kettenreaktion der Information und Migration aus. Die Entspannungspolitik hatte viele Facetten, insgesamt trug sie zur Destabilisierung des Sowjetsystems bei - durchaus im Gegensatz zur Intention und Erwartung der Architekten dieser Politik in West und Ost. Das Bewußtsein, bedroht zu sein, ließ nach. Feindbilder wie NATO und amerikanischer Imperialismus verblaßten, auch wenn sie offiziell nicht gänzlich abgeschafft wurden. Das Bewußtsein, in einer Festung zu leben, schwand und damit auch die Bereitschaft der sowjetischen

---

<sup>1</sup> R. Götz, Die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der Sowjetunion als Hypothek für die Systemtransformation in Rußland, in: Berichte des BIOst, 8-1994, S. 14.

<sup>2</sup> S. White, Gorbachev in power, Cambridge 1990, S. 59.

Eliten, sich für die Verteidigung einer Ordnung einzusetzen, von deren Überlegenheit immer weniger Menschen überzeugt waren. "Die Tatsache, daß die Bereitschaft der Eliten (einschließlich der militärischen), 'für das Imperium zu sterben', fast auf den Nullpunkt sank, spielte für den Zerfall der UdSSR eine wichtige Rolle."<sup>1</sup> Die Kosten des Weltmachtstatus waren im Lande höchst unpopulär und wirkten delegitimierend. Das Ausgreifen der sowjetischen Politik seit den 1960er Jahren nach Zentralamerika, in den Nahen Osten, nach Schwarz-Afrika und nach Südostasien fand in breiten Schichten der Bevölkerung keine Unterstützung. Die Expansion in der Dritten Welt wurde vielfach als Belastung und Überengagement wahrgenommen. Die sowjetische Gesellschaft war arm. Weshalb sollten riesige Summen für die Unterstützung der Kommunisten in Kuba und Vietnam oder die Regime "sozialistischer Orientierung" in Afrika ausgegeben werden?

1979 marschierte die sowjetische Armee in Afghanistan ein, eines der Hauptempfängerländer sowjetischer Hilfe, um hier ein prosovietisches Regime an der Macht zu halten. Der Krieg in Afghanistan war nie populär, deshalb wurde er jahrelang in den sowjetischen Medien verschwiegen, ja geleugnet, obwohl die russischsprachigen Radiostationen von Anfang an ausführlich darüber berichteten. Sowohl dies als auch die spätere Glasnost' über die Brutalität und Aussichtslosigkeit des Krieges haben der Autorität der Parteiführung schweren Schaden zugefügt. Zwar wurde der Abgeordnete Andrej Sacharow im Juni 1989 vom kommunistisch-patriotisch beherrschten Volkskongreß der UdSSR niedergeschrien, als er vom "verbrecherischen Befehl" sprach, sowjetische Truppen nach Afghanistan zu schicken; zugleich aber war der Dissident Sacharow damals einer der populärsten Männer in der Sowjetunion.<sup>2</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten: Das Sowjetsystem ging unter, weil die Negativerfahrungen in vielen Bereichen einander verstärkten. Die Krise der Ideologie und der Parteiherrschaft trafen auf eine Gesellschaft mit wachsenden Ansprüchen hinsichtlich Partizipation und Wohlstand, während die Ökonomie immer weniger leistete und eine überspannte Weltmachtspolitik immer mehr kostete. Die hergebrachten kommunistischen Instrumente der Legitimationsbeschaffung funktionierten immer schlechter, neue zu entwickeln, war das Regime der Einparteiherrschaft nicht in der Lage. Als Gorbaëv dies mit der Perestrojka versuchte, brach das System auseinander. Seit den 1970er Jahren muß von einer Krise des Systems gesprochen werden, weil seit dieser Zeit in immer mehr Bereichen die Degeneration immer akuter wurde. In den Eliten und in der Gesellschaft insgesamt wuchs die Ablehnung der alten Ordnung, ohne daß Alternativen diskutiert wurden, geschweige denn ein Konsens über eine neue Ordnung zustande gekommen wäre.

## **5. Die Alternative: Die Nationen**

Der Zusammenbruch einer politischen Ordnung führt nicht notwendig zum Untergang des Staates und zum Ende eines Imperiums. Im Fall der Sowjetunion geschah dies aus zwei Gründen: Die kommunistische Partei hatte das Imperium zusammengefügt und ein spezifisches Instrumentarium der Herrschaft entwickelt. Als die Partei die Macht verlor, gab es keine anderen Klammern, die das Imperium hätten zusammenhalten können. Zum anderen war im Schoß der alten Ordnung eine

<sup>1</sup> V.M. Zubok, Istoèniki delegitimizacii sovetskogo režima, in: Politièskie issledovanija 2/1994, S. 94.

<sup>2</sup> M. Sapper, Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, Münster 1994, das Zitat S. 341.

Alternative entstanden, die einzig gangbare, wie sich Ende der 1980er Jahre zeigte: die Nationen. Ein unverbrauchter Nationalismus besiegte die verbrauchte kommunistische Ideologie und deren diskreditierte Institutionen. Das Rußländische Reich löste sich später auf als andere europäische Imperien und bestätigte damit die vielfache Erfahrung von der Verzögerung der russischen Geschichte gegenüber der Entwicklung im Zentrum Europas. Insofern hat das Ende der Sowjetunion im Kontext der europäischen Geschichte etwas durchaus Unspektakuläres, sieht man einmal davon ab, daß viele in Ost und West der ideologischen Selbstdarstellung auf den Leim gegangen waren, wonach der Sozialismus den Nationalismus längst besiegt hatte.

Die Nationsbildung, die im 19. Jahrhundert begonnen hatte, setzte sich auch nach 1917 fort. Die Nationen waren am Ende der Sowjetperiode sozial fester gefügt und bewußtseinsmäßig stärker verankert als zu deren Beginn. Nationsbildung unter kommunistischem Vorzeichen hatte ihre Besonderheiten und war auch deshalb weniger sichtbar. Sie hüllte sich in den ideologischen Mantel. Sie vollzog sich jahrzehntelang nicht gegen die kommunistische Partei, sondern in deren Rahmen. Sie war nicht auf Separatismus und eigene Staatsbildung gerichtet, sondern auf regionale und nationale Partizipation, also die Berücksichtigung der eigenen kulturellen und finanziellen Interessen im Rahmen des "Sowjetvolkes". Die Nationsbildung der nichtrussischen Völker ging teilweise sogar im Medium der russischen Sprache vor sich, weil die Sozialisation im Rahmen des Sowjetvolkes häufig die sprachliche Russifizierung forderte und das Russische als sogenannte "zweite Muttersprache" durchsetzte.

In den 1920er Jahren war der "Aufbau der Nationen" die offizielle Linie der Partei, danach sollten sie allerdings in das russisch bestimmte Sowjetvolk eingeschmolzen werden. In den 1930er Jahren wurden die nationalen Eliten der Völker - auch des russischen Volkes - vernichtet. Ganze Völker wurden im Zweiten Weltkrieg deportiert. Gerade die deportierten Völker, wie die Tschetschenen, Inguschen und andere Völker des nördlichen Kaukasus, sind später und bis heute ein Pfahl im Fleisch des sowjetischen und russischen Staates geblieben. Weder Gewaltanwendung noch Kooptation in die Sowjetordnung haben also auf längere Sicht die Nationsbildung aufhalten können.

Eine der Ursachen war die spezifische Art der sowjetischen Modernisierung. Vor allem die Bildungsexplosion trug entscheidend dazu bei, daß in der Zeit nach Stalin bei allen Völkern neue Intelligenz-Schichten heranwuchsen, die entgegen der ideologischen Vorannahme nicht zu einem ununterscheidbaren Teil einer Sowjetgesellschaft wurden, sondern sich bewußt mit ihrem Volkstum identifizierten. Die neuen Intelligenz-Schichten wurden die Träger eines neuen Nationalismus - ein Prozeß, der viele Parallelen aufweist, sowohl mit den klassischen europäischen Nationalbewegungen wie auch mit der Entkolonialisierung in der Dritten Welt. Die neuen nationalen Intelligenz-Schichten drängten seit den 1950er Jahren überall in die Führungspositionen ihrer Republiken. Sie konkurrierten um sozialen Aufstieg und begehrte Arbeitsplätze mit den Russen. Die Führung des Gesamtstaates blieb weitgehend in russischer Hand, aber in den nationalen Republiken ging eine unaufhaltsame Indigenisierung vor sich, so daß in den 1980er Jahren die Einheimischen in vielen Institutionen und Elitegruppen ihrer Republiken stärker vertreten waren als ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprach.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> G. Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986.

Dies war einerseits ein spontaner Prozeß, andererseits wurde er von manchen Parteiführungen in den Republiken massiv gefördert, wie in Litauen, Kasachstan oder Aserbaidschan. Die lokalen Parteiführungen, aus der Sicht des imperialen Zentrums dazu berufen, dessen Interessen an der Peripherie durchzusetzen, wandelten sich im Zeichen der Devise "Stabilität der Kader" zu einer Lobby der Peripherie gegen das Zentrum. Als Gorbachev versuchte, dem entgegenzusteuern und 1986 den kasachischen Parteichef Kunaev durch den Russen Kolbin in Almaty zu ersetzen, kam es zu ersten gewaltsamen nationalen Unruhen in der kasachischen Hauptstadt. Das Zentrum verlor de facto die Fähigkeit, Personalpolitik ausschließlich nach eigenem Ermessen in den Unionsrepubliken durchzusetzen. Damit geriet ein wichtiger Pfeiler des "demokratischen Zentralismus" ins Wanken, der den Durchgriff der obersten Spitze bis auf die lokale Ebene gesichert hatte.

Das Imperium ist von Westen her zerfallen, das gilt sowohl für das äußere Imperium in Ostmitteleuropa als auch für den Staat Sowjetunion. Der Grund sind die Nationen, die im Westen weitaus stärker konsolidiert waren. Die Nationalstaaten Ostmitteleuropas und Südosteuropas blieben bekanntlich auch in kommunistischer Zeit als Subjekte des Völkerrechts erhalten. Die Sowjetisierung machte vor einer Degradierung zu Unionsrepubliken der UdSSR Halt. Der Ostblock blieb stets ein unruhiges Vorfeld. Das Jugoslawien Titos konnte selbst durch die eiserne Faust Stalins nicht zur Linientreue gezwungen werden. 1948 im gleichen Jahr, in dem die Sowjetisierung Ostmitteleuropas im wesentlichen abgeschlossen wurde, kam es bereits zum offenen Bruch zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion. Seit 1953 begehrten dann in regelmäßigen Abständen die Menschen in der DDR, Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei auf. Die Streiks, Unruhen und Aufstände gegen die kommunistische Herrschaft waren immer auch gegen die sowjetische Fremdherrschaft gerichtet. Die eigene Nation, ihre Unabhängigkeit und Freiheit waren Rückhalt und Motivation. Der Freiheitskampf war sozusagen nationalstaatlich parzelliert. Das erklärt auch die erstaunlich geringe Koordination zwischen Polen, Ungarn und Tschechen im gesamten Zeitraum zwischen 1956 und 1989. Zwar sprang der Funke von einem Land zum anderen über, weil die Ausgangslage ähnlich war, aber eine gemeinsame Regie gab es nicht.

Es wäre allerdings unzutreffend, wenn man aus dem regelmäßigen antisowjetrussischen Aufbegehren im europäischen Vorfeld den Schluß ziehen würde, die ganze Region habe jahrzehntelang in Flammen gestanden. Die sowjetischen Panzer waren nicht ständig, sondern von Zeit zu Zeit im Einsatz. Im übrigen gab es lange Phasen und einen breiten Konsens der Anpassung. Aber der Widerstand blieb auch unter der Decke der Anpassung wach und war im Prinzip nicht zu brechen, weil das Freiheitsbegehren im Nationalbewußtsein seinen stärksten Partner hatte, das wuchs, weil es sich mißachtet fühlte.

Das West-Ost-Gefälle setzte sich im inneren Imperium fort. Am handlungsfähigsten erwiesen sich in den 1980er Jahren die Nationalbewegungen bei den baltischen Völkern, in der westlichen Ukraine und in der Moldauischen SSR - Regionen, die erst im Zuge des Zweiten Weltkriegs von der Sowjetunion annektiert worden waren. Gleichauf mit ihnen waren, was Geschlossenheit und Aufbegehren gegen den sowjetischen Zentralstaat angeht, viele Völker des Kaukasus, die Armenier, Georgier, Aserbaidschaner, Tschetschenen, Inguschen und andere.

Im Kaukasus hatte die imperiale Konstruktion eine zusätzliche Dimension: Hier fühlten sich manche kleine Völker nicht durch Moskau bedroht, sondern durch die transkaukasischen Nationen mit

eigener Unionsrepublik. Die in Georgien mit einer territorialen Autonomie ausgestatteten Abchasen und Osseten suchten Anlehnung an Rußland. Diese Konflikte innerhalb Georgiens führten 1992/93 an den Rand des Zusammenbruchs des georgischen Staates, weil Rußland massiv - auch militärisch - zugunsten der ihm wohlgesonnenen nationalen Minderheiten intervenierte.

Die Nationen in Sowjetisch-Zentralasien sind in beträchtlichem Umfang das Ergebnis sowjetischer Nationalitätenpolitik. Erst die Sowjetmacht stattete die Usbeken, Tadschiken, Kasachen, Kirgisen, Turkmenen und andere kleinere Völker mit eigenem Territorium, normativer Orthographie und in vielen Fällen erstmals mit einer Schriftsprache und eigenem Geschichtsbild aus. Dies geschah aus Moskauer Sicht auch, um befürchteten panislamischen und panturkistischen Bestrebungen entgegenzuwirken. Die Nationen in Zentralasien waren dennoch am Ende der Sowjetperiode politisch weniger handlungsfähig und handlungswillig als jene im Westen und im Kaukasus. Ihre staatliche Unabhängigkeit folgte aus dem Zusammenbruch der UdSSR und war nicht ein Sieg im antikolonialen Befreiungskampf.

Hier ist ein Paradox zu konstatieren: Die Völker Zentralasiens, die durch koloniale Eroberungen im 18. und 19. Jahrhundert dem Imperium einverleibt worden waren, zeigten den geringsten Eifer im antikolonialen Freiheitskampf, während die Völker im Westen, die jedenfalls nicht dem konventionellen Begriff von Kolonialvölkern entsprechen, aktiv und zielstrebig die "Dekolonisierung" betrieben. Weder im äußeren noch im inneren Imperium waren die Völker im Westen gegenüber der "Metropole" zivilisatorisch oder kulturell zurück geblieben. Sie hatten vielmehr den Russen gegenüber ein Bewußtsein der Überlegenheit; dies gilt auch für die Armenier und Georgier. Dieses kulturelle Überlegenheitsgefühl wirkte als zusätzlicher Impetus beim Widerstand gegen den sowjetischen Zentralstaat. So wie das Rußländische Reich/die Sowjetunion ein koloniales Imperium sui generis war, hatte auch die Dekolonisierung spezifische Züge. Der Vorwurf der kolonialen Ausbeutung und Unterdrückung wurde in der Ukraine schon in den 1920er Jahren erhoben, gegen Ende des sowjetischen Imperiums war er bei den baltischen und anderen Völkern allgegenwärtig. Unter Kolonialismus wurde also hier die erzwungene politische und kulturelle Abhängigkeit, wirtschaftliche Ausbeutung und die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts im weitesten Sinn verstanden.

Die geringe Aktivität der Völker Zentralasiens bei der Dekolonisierung darf nicht zu dem Schluß führen, sie seien erfolgreich und endgültig in den sowjetischen Staat integriert gewesen. Ihre Interessenlage war anders als die der Völker im Westen. Die Völker Zentralasiens hatten von der Umverteilung der Ressourcen durch das Zentrum profitiert, obwohl auch bei ihnen die Unzufriedenheit über zu geringe Investitionen und die Belastungen durch die Monopolwirtschaft immer lauter wurden. Eigenständigkeit gegenüber dem Zentrum entwickelte in Zentralasien andere Ausdrucksformen: Islam als Lebensform, demographische Überlegenheit aufgrund des fünfmal größeren Bevölkerungswachstums gegenüber den Russen, massive Förderung der eigenen Kader in der eigenen Republik.

In der Sowjetunion haben zahlreiche Prozesse der Nationsbildung stattgefunden, ohne daß es vor Mitte der 1980er Jahre machtvolle Nationalbewegungen gegeben hätte, vergleichbar denen in Europa im 19. Jahrhundert oder den antikolonialen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Wie läßt sich dies erklären? Der sowjetische Repressionsapparat blieb bis zuletzt weitgehend intakt und

verfügte über die Fähigkeit, massiv Gewalt anzuwenden. Hinzu kam die Erinnerung an die Vernichtung der nationalen Intelligenz in den 1930er Jahren und an Hunderttausende von Deportierten aus dem Baltikum, der westlichen Ukraine und Bessarabien in den 1940er Jahren. Dies alles zwang das neue Nationalbewußtsein zur Mimikry, zur Anpassung an die sowjetischen Realien. Sie erlaubten die Bildung von ethnischen Seilschaften, die Artikulation regionaler ökonomischer Interessen, Forderungen nach Filmen und Büchern - sei es auch kommunistischen - in der Muttersprache. Dagegen blieben die Bildung nationaler Vereinigungen oder gar politischer Parteien, die Einforderung des Selbstbestimmungsrechts der Völker oder das Aufziehen der estnischen Flagge bis Ende der 1980er Jahre kriminelle Handlungen.

Der springflutartige Durchbruch der Nationalbewegungen Ende der 1980er Jahre war also auch die Folge jahrzehntelang zurückgestauter Energien. Was lange Zeit nur als potentielle Möglichkeit existiert hatte, nahm in wenigen Jahren konkrete politische Gestalt an, als der sowjetische Zentralstaat sich nicht mehr wehren konnte oder wollte, als sich herausstellte, daß der Kaiser nackt war. Seit Frühjahr 1988 begann die KPdSU in nationale Bestandteile zu zerfallen. Als erste trat die armenische Parteiorganisation im Februar 1988 de facto auf die Seite der armenischen Nationalbewegung über, die in beispiellosen Massendemonstrationen von Hunderttausenden in Erevan den Anschluß von Berg-Karabach an Armenien verlangte. Im Dezember 1989 verließen die litauischen Kommunisten unter ihrem populären Führer Brazauskas in aller Form die KPdSU; im Frühjahr 1990 folgten die KP in Estland und Lettland. Diese Entwicklung erwies sich überall als unwiderstehlich; die Nationalisierung der KPdSU stellte die Sowjetordnung auf den Kopf und machte der überraschten Führung in Moskau klar, daß die nationale Idee nicht die Sache von einigen Extremisten und Dissidenten war - wie die Sprachregelung lautete -, sondern den Parteiapparat in den Republiken unterwandert hatte. Ohne die Verfügung über den lokalen Parteiapparat waren die Republiken von Moskau aus nicht mehr zu regieren - es sei denn mit Panzern.

Die Aushebelung der alten Ordnung und die Übernahme der Macht durch neue Ideen wurde häufig vom alten Establishment getragen oder zumindest unterstützt. Das Sowjetsystem war zu einer Fassade geworden, die auch die Eliten nicht mehr bereit waren zu verteidigen, als die zündende Alternative der nationalen Idee den Weg in eine neue Zukunft wies. Zwischen Januar 1989 (Estland) und Mai 1990 (Turkmenistan) traten in den Unionsrepubliken Sprachengesetze in Kraft, die die jeweilige Titularsprache zur Staatssprache erklärten. Viele Autonome Republiken im Verband der RSFSR folgten diesem Beispiel.<sup>1</sup> Im einzelnen unterschieden sich die Sprachengesetze vielfach voneinander und reichten von der weitgehenden Verdrängung des Russischen aus dem öffentlichen Leben in Litauen bis zur faktischen Gleichberechtigung der russischen Sprache z.B. in Lettland und Kasachstan. Aber in einem Punkt stimmten sie überein: In Zukunft war die Ausübung von Führungspositionen in vielen Bereichen von der Kenntnis der Landessprache abhängig. Damit wurde ein halbes Jahrhundert imperialer Sprachenpolitik beendet. Sie hatte die Kenntnis der russischen Sprache und Kultur zur Voraussetzung für sozialen Aufstieg und Zugehörigkeit zur Nomenklatura gemacht und zugleich den russischen Kadern in den nichtrussischen Republiken eine

---

<sup>1</sup> M. Guboglo, Sprachengesetzgebung und Sprachenpolitik in der UdSSR und in den Nachfolgestaaten der UdSSR seit 1989, Berichte des BIOst, 32/1994. In den drei transkaukasischen Unionsrepubliken wurden keine Sprachengesetze erlassen, weil hier die Nationalsprachen seit langem als Staatssprachen in den Verfassungen verankert waren.

Vorzugsstellung eingeräumt. Für die Russen bestand keine Motivation, Sprache und Kultur der Einheimischen zu lernen und zu praktizieren. Das Ende der einseitigen Bilingualität schuf für Millionen von Russen in den nationalen Unionsrepubliken eine vollständig neue Lage. Aus Angehörigen der tatsächlichen oder potentiellen Führungsschichten wurden nationale Minderheiten und potentielle Parias der Gesellschaft.

Anders als bei den klassischen europäischen Nationalbewegungen gingen beim Untergang der Sowjetunion kultureller und politischer Nationalismus ineinander über. Offene Auflösungserscheinungen des Staates manifestierten sich in den Souveränitätserklärungen der Unionsrepubliken, bei denen wiederum Estland im November 1988 den Anfang machte. Als letzte Unionsrepublik folgte Kyrgystan im Dezember 1990.<sup>1</sup> Auch hier setzte sich die "Souveränisierung" in den Autonomen Republiken und teilweise in weiteren unteren territorialen Einheiten fort. Die beiden Grundelemente fast aller Souveränitätserklärungen waren: 1. die Inanspruchnahme des Alleineigentums an Grund und Boden, Bodenschätzen und allen Produktionsmitteln durch die jeweilige Republik und 2. die Feststellung des Vorrangs von Republikgesetzen gegenüber Unionsgesetzen bzw. die Beanspruchung eines Vetorechts gegenüber Normativakten der Unionsorgane. Die Souveränitätserklärungen hoben die letzte sowjetische Verfassung von 1977 faktisch aus den Angeln.

Seit dem Frühjahr 1990 gingen einige Unionsrepubliken noch einen Schritt weiter und erklärten ihren Austritt aus der Sowjetunion (Litauen 11. März 1990) oder formulierten die staatliche Unabhängigkeit als konkretes und kurzfristiges Ziel ihrer Politik (Estland 30. März 1990; Lettland 4. Mai 1990; Armenien 23. August 1990; Georgien 14. November 1990). Während Souveränität in der Begriffsdefinition des sowjetischen Staatsrechts zweideutig war und den Verbleib in einem Gesamtstaat nicht ausschloß, bedeutete Unabhängigkeit, daß die Völker und Unionsrepubliken den Staat Sowjetunion auflösten. Unmittelbar während und nach dem August-Putsch (19.-21. August 1991) erklärten dann alle Unionsrepubliken (außer der RSFSR) ihre staatliche Unabhängigkeit; Kasachstan war am 16. Dezember 1991 das Schlußlicht.

Das Ende des Imperiums hätte wohl weniger total sein oder hinausgezögert werden können, wenn in der RSFSR ein entschlossener politischer Wille vorhanden gewesen wäre, die Sowjetunion zu erhalten. Während 1917 die große Mehrheit der politischen Kräfte in Rußland von den Monarchisten bis zu den Bolschewiki (die das aus propagandistischen Gründen in Abrede stellten) den Fortbestand des Rußländischen Reiches wollten, gab es in der Schlußphase der Sowjetunion kaum noch Verteidiger der alten zentralistischen Strukturen. Die neue demokratische Bewegung in Rußland lehnte das imperiale kommunistische Erbe ab und war davon überzeugt, daß Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Rußland nur dann eine Chance hätten, wenn allen Völkern das Selbstbestimmungsrecht gewährt würde. Aber auch Kommunisten und radikale russische Nationalisten sahen in der RSFSR das Opfer des Imperiums, den Zahlmeister, der noch dazu diskriminiert wurde, weil die RSFSR - im Unterschied zu allen anderen Unionsrepubliken - keine eigene KP-Organisation, keine eigene Akademie der Wissenschaften, manche sagten, keine eigene

---

<sup>1</sup> G. Simon, Probleme der Staatsbildung auf dem Territorium der früheren Sowjetunion, in: Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Hrsg. W. Weidenfeld, Gütersloh 1993, S. 147; G. Brunner, Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa, Gütersloh 1993, S. 27.

Hauptstadt hätte. Der zentralistische sowjetische Staat wurde von allen als Bürde betrachtet und abgelehnt, ohne daß allerdings in Rußland - anders als in vielen Unionsrepubliken - eine klare Vorstellung, geschweige denn ein Konsens über eine Alternative existierte.

Die Kommunisten gründeten im Sommer 1990 eine eigene Parteiorganisation der RSFSR im Rahmen der KPdSU. Dies war ein Sammelbecken von Reaktionären und Feinden der Perestrojka; zugleich sahen die Kommunisten darin ihren Beitrag zur "Neugeburt" Rußlands. Zu einer spektakulären Einheitsfront aller politischen Kräfte, die in dem halb und halb demokratisch gewählten Volkskongreß der RSFSR vertreten waren, kam es bei der Verabschiedung der Souveränitätserklärung der RSFSR am 12. Juni 1990 (907 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen). Auch die RSFSR deklarierte den Vorrang der eigenen Verfassung und Gesetze gegenüber denen der Union und behielt sich "das Recht des freien Austritts" aus der UdSSR vor.<sup>1</sup> Damit machte sich die größte Unionsrepublik gegen den Zerfall des Gesamtstaats wehrlos, auch wenn die kommunistische Mehrheit im Volkskongreß keineswegs das Ende der Sowjetunion wollte, sondern deren Umwandlung in eine neue Union mit mehr Rechten für die RSFSR. Bezeichnend für die ambivalente Haltung Rußlands war, daß die RSFSR als einzige Unionsrepublik Ende 1991 nicht ihre Unabhängigkeit erklärte, sondern die Rechtsnachfolge der UdSSR und bald auch die Rolle des politischen Fortsetzers in Anspruch nahm.

## 6. Reformversuche und Untergang

Dem Untergang ging eine ungefähr fünfjährige Periode intensiver Reformbemühungen voraus, mit dem Ziel, die Sowjetunion als Supermacht in das 21. Jahrhundert zu führen. Als Gorbachev 1985 die Leitung von Partei und Staat übernahm, bestand in der neuen Führung ein Konsens darüber, daß dringender Handlungs- und Reformbedarf auf allen Feldern der Politik bestand. Dem entsprach eine in der Gesellschaft weit verbreitete Stimmung, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne. Warum scheiterten Reformen, obwohl sie von oben gewollt und von unten akzeptiert wurden, und warum führten sie statt dessen zum Zusammenbruch?

Das sowjetische politische System war nur sehr begrenzt evolutions- und konfliktfähig. Zwar wurden der Massenterror der Stalinzeit abgeschafft und die Macht der politischen Polizei eingeschränkt, aber zu einer Liberalisierung und Pluralisierung war das Sowjetsystem nicht fähig. Zur Konfliktregulierung hatte es eigentlich nur zwei Instrumente entwickelt: die Vernichtung des Gegners und die Leugnung der Konflikte. In der Stalin-Zeit war das erste, danach das zweite Instrument bevorzugt eingesetzt worden. Opposition galt als Verrat. Die Fähigkeit des politischen Systems, Impulse aufzunehmen, Konflikte zu bearbeiten und Neuerungen zu integrieren, war also extrem beschränkt. Das Sowjetsystem war in diesem Sinn vormodern und auf die Reproduktion der etablierten Verhältnisse angelegt - eine paradoxe Spannung zu seinem revolutionären Ursprung. Seit Mitte der 1960er Jahre wurde sogar der Begriff Reform aus dem sowjetischen politischen Lexikon verbannt und mit ihm die Sache, die man in Moskau mit dem gefährlichen Bazillus des Prager Frühlings und dem ständig unruhigen Polen identifizierte.

---

<sup>1</sup> Souveränitätserklärung der RSFSR in deutscher Übersetzung in: Die Russen. Ihr Nationalbewußtsein in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. A. Kappeler, Köln 1990, S. 206-208.

Als die Gorbachev-Führung dann Reformen begann, hatte sie keine konkreten Vorstellungen darüber, wie Staat und Gesellschaft nach einer Perestrojka (Umbau) aussehen sollten. Die Perestrojka ist deshalb mit einem Flugzeug verglichen worden, das hoffnungsvoll aufsteigt, aber den Zielflughafen nicht kennt. Anders konnte es wohl auch nicht sein. 1968 in der Tschechoslowakei und 1980 in Polen hatte sich gezeigt, daß eine Reform das Sowjetsystem ziemlich rasch an den Rand des Untergangs führte. Zentrale Strukturelemente - Wahrheit und Verbindlichkeit des Marxismus-Leninismus, Einpartei herrschaft, Alleineigentum des Staates bzw. der KPdSU an der Wirtschaft - konnte man entweder beibehalten oder aufgeben; Zwischenlösungen auf Dauer gab es nicht. Die Wirklichkeit hatte die zentralen Strukturelemente seit Jahrzehnten ausgehöhlt, die Parteiführung hielt aber um so mehr mit Zähnen und Klauen in der Sprachregelung nach außen daran fest, weil sie nicht ersetzbar waren, ohne daß der Parteiapparat die Herrschaft verlor. Gorbachev wollte die Distanz zwischen Fassade und Wirklichkeit aufheben. Dabei setzte sich die Wirklichkeit durch und zerstörte die Fassade; die KPdSU verlor die Macht, bzw. trat auf die Seite der nationalen Kräfte über.

Die Perestrojka begann 1985 eher traditionell mit Reformen an den Apparaten der Wirtschaftsverwaltung und Disziplinierungskampagnen, wie der Antialkoholkampagne. Der mangelhafte Erfolg und die immer schärfere Durchleuchtung der Gesellschaft durch Glasnost' brachten die Gorbachev-Mannschaft zu der Einsicht, daß ohne Reformen am politischen System die bürokratische Erstarrung, mangelnde Arbeitsmotivation und der Autoritätsverlust der Partei nicht zu überwinden waren. Die Reformen am politischen System, die 1988 einsetzten, sollten der Partei neue Legitimität verschaffen. Die Sowjetorgane, bisher Erfüllungsgehilfen des Parteiapparates, erhielten mehr Kompetenzen. 1989 und 1990 wurden halb und halb demokratische Wahlen abgehalten; 1989 auf der Ebene der UdSSR, dann 1990 auf jener der Unionsrepubliken und auf mittlerer territorialer Ebene. 1989 hatten die Wähler erstmals die Möglichkeit, sich zwischen mehreren - kommunistischen - Kandidaten zu entscheiden. 1990 kandidierten, jedenfalls in vielen westlichen Unionsrepubliken und in manchen russischen Großstädten, zum erstenmal nichtkommunistische, ja antikommunistische Bewerber. Im Frühjahr 1990 wurde Artikel 6 aus der sowjetischen Verfassung gestrichen, der das Machtmonopol der KPdSU verfassungsrechtlich festgeschrieben hatte.

Die Demokratisierung verhalf der KP nicht zu neuer Autorität. Bei den Wahlen fielen zahlreiche führende Funktionäre durch. Die KPdSU löste sich in nationale Bestandteile und verschiedene "Plattformen" auf. 1990 begann eine Austrittsbewegung; danach verließen Millionen von Mitgliedern die Partei. In vielen Betrieben wurden die Parteikomitees, die eigentlichen Betriebsleitungen, buchstäblich auf die Straße gesetzt. Der im Juni 1991 aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Präsident der RSFSR Jelzin war entschlossen, die Partei endgültig zu entmachten und verbot in einem Ukaz im Juli 1991 die Tätigkeit aller politischen Parteien in staatlichen Einrichtungen, Organisationen und Betrieben Rußlands.

Der Putsch im August 1991 war der Versuch reaktionärer Altkommunisten, das Rad der Geschichte anzuhalten, die KPdSU wieder in die Herrschaft einzusetzen und den Zerfall der Sowjetunion aufzuhalten. Die Putschisten erreichten das Gegenteil und beschleunigten die Auflösung des Staates. Mit dem Putsch entmachtete sich das Zentrum selbst, denn es dokumentierte seine Schwäche. Der russische Präsident Jelzin schlug den Putsch in drei Tagen fast unblutig nieder und demonstrierte damit vor aller Welt, wer die Macht in Moskau hatte. Danach übernahm die russische Führung in

wenigen Monaten die Machtstrukturen und Institutionen der UdSSR in eigener Regie: Armee, KGB, Zentralbank, die Ministerien, die Akademie der Wissenschaften. Nur für den Präsidenten der UdSSR fand sich keine Verwendung. Gorbachev, der dieses Amt erst im März 1990 geschaffen hatte, trat am 25. Dezember 1991 zurück, nachdem die Unionsrepubliken die Existenz der UdSSR als Staat für beendet erklärt hatten.

Die Wende dieser katastrophischen Ereignisse von der Reform zum Untergang vollzog sich im Jahre 1989. Innerhalb weniger Monate brach das äußere Imperium in Ostmittel- und Südosteuropa zusammen, nachdem die sowjetische Regierung schon in den vorangegangenen Jahren die Kontrolle über die Länder des Warschauer Paktes verloren hatte. In allen sechs Staaten (Polen, Ungarn, UdSSR, DDR, Bulgarien, Rumänien) verlor die Parteiführung die Macht oder wurde, wie in der DDR, so weit geschwächt, daß sie dem Gang der Ereignisse nicht mehr gegensteuern konnte. Die Wahlen in Polen im Juni 1989 waren das Fanal. Von den 100 Sitzen im Senat gewann "Solidarność" 99. Im Sejm konnten die Kommunisten ihre Position nur bewahren, weil über die Sitzverteilung vor den Wahlen am Runden Tisch entschieden worden war. Im August wurde Mazowiecki der erste nichtkommunistische Regierungschef in einem Staat des Warschauer Paktes. Am 9. November öffnete sich die Mauer in Berlin, am 29. Dezember zog der Dissident Havel als Staatspräsident der UdSSR auf die Prager Burg. Im gleichen Monat wurde der rumänische Staats- und Parteichef Ceaușescu in einem blutigen Staatsstreich abgesetzt und erschossen. Gorbachev schuf eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen des antikommunistischen Umbruchs im osteuropäischen Hegemonialbereich, als er sich entschloß, keine militärische Gewalt einzusetzen. Es gehört zu den großen politischen Verdiensten dieses Staatsmanns, daß die Anwendung militärischer Gewalt auch innerhalb der Sowjetunion begrenzt blieb (Tiflis April 1989; Baku Januar 1990; Wilna und Riga Januar 1991).

Das Jahr 1989 markiert auch in der UdSSR selbst die Wasserscheide. Glasnost' erreichte eine solche Höhe, daß nichts mehr öffentlich ungesagt und unsagbar war. Lenin und Marx und die Grundlagen des Sowjetsystems wurden nicht nur in Frage gestellt, sondern von der liberalen Presse verurteilt. "Unsere Vorstellungen [von unserer Gesellschaft] beruhten im Grunde genommen auf globalen und systematischen Lügen. Jetzt ist aber offensichtlich geworden, daß das 70jährige Experiment zusammengebrochen ist."<sup>1</sup> Ebenfalls 1989 begannen die offenen Spaltungen innerhalb der KPdSU. Im Volkskongreß der UdSSR bildete sich erstmals eine organisierte parlamentarische Oppositionsgruppe: Zur "Interregionalen Abgeordnetengruppe" unter Führung von Andrej Sacharov, Boris Jelzin, Gavriil Popov, Jurij Afanas'ev und Viktor Palm bekannten sich etwa 15% der Abgeordneten. Viele Reformkommunisten und Antikommunisten hegten damals die Hoffnung, man werde die Diktatur der einen Partei bald durch ein Mehrparteiensystem, ähnlich wie im Westen, ersetzen - eine Erwartung, die sich nicht erfüllte.

Einer der Gründe dafür ist, daß es zu keinem umfassenden Wechsel der Eliten kam, ja daß trotz Untergang von Staat und kommunistischem System die alten Eliten weitgehend an ihrem Platz blieben. Der Kommunismus wurde von Kommunisten gestürzt, die den Glauben an die "lichte Zukunft" verloren hatten. Die Dissidenten hatten zwar zur inneren Auflösung beigetragen, aber sie

---

<sup>1</sup> W.A. Tichonow, Ohne Illusionen leben, in: Ogonek 36, 2.-9. Sept. 1989, deutsch in: G. und N. Simon, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993, S. 228.

konnten weder eine konsensfähige politische und ökonomische Alternative entwickeln, noch eine Ersatzelite heranbilden. Dazu war ihre Zahl in Rußland zu gering. Eine nichtkommunistische Elite als Ersatz stand dagegen in der tschechischen Republik und in geringerem Umfang in Polen und Ungarn zur Verfügung. Dies erklärt, warum der Aufbau einer neuen Ordnung in diesen Ländern seit 1989 viel rascher Fortschritte machte als in Rußland und den anderen neuen Staaten auf dem Territorium der UdSSR. Hier zerfielen zwar die zentralen Strukturen der Macht, vor allem der Apparat der KPdSU, und mit ihm der Staat, aber die Eliten in Politik, Wirtschaft und Kultur glitten rechtzeitig hinüber in die Strukturen der Macht auf der Ebene der sich bildenden neuen Staaten. Die politische Mentalität, gekennzeichnet durch Autoritarismus, Schwarz-Weiß Denken, Isolationismus und Kompromißunfähigkeit, blieb weitgehend ungebrochen. Eine Dekommunisierung, d.h. die systematische Entfernung ehemals leitender kommunistischer Kader aus dem politischen Leben, wie etwa in der tschechischen Republik, blieb auf dem Territorium der UdSSR aus, sieht man von Ansätzen in diese Richtung in den drei baltischen Staaten ab. Dies steht in scharfem Kontrast zur bolschewistischen Revolution, die zuerst in der Politik und sehr bald auch in der Wirtschaft, Kultur und Armee die zaristischen Eliten entfernte und in vielen Fällen zur Emigration zwang oder sie vernichtete. Nicht zuletzt die lebendige Erinnerung an das Blutbad der bolschewistischen Revolution hat dazu beigetragen, daß der Untergang der Sowjetunion fast unblutig verlief.

Bedeutete der Sieg des Nationalismus über den Kommunismus Fortschritt in Richtung auf Demokratie und Marktwirtschaft? Weder sind Demokratie und Nationalismus miteinander unvereinbar, noch garantiert der Nationalismus den Durchbruch zur Demokratie. Er kann ebenso zu ethnischer Säuberung und Völkermord führen wie zur parlamentarischen Demokratie und zum Schutz ethnischer Minderheiten. Der ethnische und der demokratische Gleichheitsgrundsatz stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander, das im demokratischen Nationalstaat durch minderheitenrechtliche Regelungen abgebaut werden muß.

Als die demokratischen Kräfte in Rußland sich 1990 sammelten und die "Wiedergeburt" (vozroždenie) Rußlands auf ihre Fahnen schrieben, gingen sie davon aus, daß eine demokratische Ordnung nur nach Auflösung des sowjetischen Imperiums denkbar war. Der russische Präsident Jelzin unterstützte demonstrativ die nationaldemokratischen Bewegungen in den baltischen Republiken, als die Altkommunisten hier Anfang 1991 den Staatsstreich versuchten. Demokratische Neuordnung der Macht und Erhaltung des Sowjetimperiums galten als miteinander unvereinbar. Die Nationalbewegungen verstanden sich überall zugleich als Demokratiebewegungen und umgekehrt, wobei in den nichtrussischen Republiken der nationale Akzent zumeist stärker ausgeprägt war als in Rußland. Kommunistische Ideologie und realsozialistische Wirklichkeit waren dem gemeinsamen Ansturm von nationalen und demokratischen Hoffnungen und Erwartungen nicht gewachsen.

Insgesamt haben sich National- und Demokratiebewegungen parallel entwickelt. Auch hier besteht - wie in vielerlei Hinsicht - ein West-Ost- und ein Nord-Süd-Gefälle. Demokratische Neuordnung und ein rechtsstaatlicher Grundkonsens haben sich am raschesten in den Nationalstaaten Ostmitteleuropas durchgesetzt. Danach folgten die baltischen Staaten. Dieser Grundkonsens besteht in der Überzeugung, daß politische Konflikte ohne Gewaltanwendung im Inneren gelöst werden müssen, und daß dem Recht und der Gesetzlichkeit eine eigene Sphäre zukommt, die nicht jederzeit

politische Manövriermasse ist. Rußland nimmt hier eine mittlere Position ein. Zwar sind Fortschritte in Richtung auf Demokratisierung unverkennbar, aber weder die Regierung noch die Gesellschaft insgesamt sind sich uneingeschränkt darin einig, daß Rechtsstaatlichkeit über der Politik steht. In den neuen Staaten Zentralasiens besteht im Gegenteil weithin ein antidemokratischer Grundkonsens, d.h. das im Westen entstandene demokratische System der Werte und Institutionen der Macht gilt als nicht übertragbar und nicht anwendbar. In den südlichen Regionen, vom ehemaligen Jugoslawien über den Kaukasus bis nach Tadschikistan, führte der Zusammenbruch der alten Ordnung in vielen Fällen zur Militarisierung der politischen Konflikte oder sogar zu jahrelangen Kriegen. Überall haben hier die Ansätze für eine demokratische Ordnung schwere Rückschläge erlitten.

## **7. Das Erbe**

Was hinterläßt der Zusammenbruch? Was tritt an die Stelle der Sowjetunion? Lebensunfähige Staaten, wirtschaftlicher Niedergang und Krieg oder Demokratie und Marktwirtschaft im Inneren und Stabilität in den Beziehungen der neuen Staaten zueinander? Diese Fragen sind offen und werden nicht so bald eindeutige Antworten erlauben. Die Auseinanderentwicklung der Teile, die zum Untergang des sowjetischen Imperiums geführt hat, wird sich wohl auch im Hinblick auf die Zukunft fortsetzen. Die historischen Prägungen haben sich gegen den sozialistischen Einheitsstaat durchgesetzt. Es erwies sich auf die Dauer als unmöglich, extrem unterschiedliche historische Regionen von den lateinisch-westlich geprägten Republiken über die ostslawisch-orthodoxen Gebiete bis hin zu den Ländern des islamischen Kulturkreises in einem sozialistischen Hegemonialverband zusammenzuhalten. Die Teilmodernisierung sowjetischen Typs hat im Gegenteil dazu beigetragen, daß die Geschichte die unglaubliche sozialistische Fassade zerbrach. Weil am Ende alle mit der sowjetischen Gegenwart unzufrieden waren, wendeten sie sich zurück zur Geschichte in der Überzeugung, so Wegweiser in eine bessere Zukunft zu finden. Die Geschichte erschien als die schöne Fee, die Gerechtigkeit zuteilt. Natürlich wurden die Hoffnungen enttäuscht, als sie ihr anderes Gesicht zeigte - das einer bösen Hexe.

Die Sowjetunion ging unter, weil Ende der 1980er Jahre die seit langem latente Delegitimierung in eine akute politische Krise umschlug. 1991 trat niemand mehr für den alten sowjetischen Zentralstaat ein. Das gilt auch für die Gorbachev-Führung, die seit April 1991 mit den Führern der Unionsrepubliken über einen neuen Unionsvertrag verhandelte (Prozeß von Novo-Ogarevo). Sie demonstrierte damit aller Welt, daß sie den alten Unionsvertrag von 1922 für obsolet hielt, bevor es eine konsensfähige Alternative gab. Dieser Vorgang ist symptomatisch für den Zusammenbruch insgesamt: Es bestand ein Anti-Konsens gegen die Sowjetunion; Gorbachev selbst nannte das Sowjetsystem totalitär; was an seine Stelle treten sollte, war jedoch höchst umstritten.

Insofern erscheint es folgerichtig, daß überall die antikommunistischen Sammlungsbewegungen der ersten Stunde zerbrachen, sobald die Ziele - der Sturz der KP von der Macht und die Auflösung der UdSSR - erreicht waren: Das gilt für die polnische Solidarność ebenso wie für das Ungarische Demokratische Forum, die Volksfronten in den baltischen Staaten und die Bewegung Demokratisches Rußland. Das einzige Ziel, das auch danach konsensfähig blieb, war die Konsolidierung oder (im Fall der neuen Staaten) die Schaffung eines eigenen Nationalstaats. Diese

Alternative zur Sowjetordnung setzte sich auch deshalb durch, weil sie von Nicht-Demokraten und Kommunisten mitgetragen wurde. Das galt für die alten Nationalstaaten wie Polen ebenso wie für die neuen, z.B. die Ukraine. Aber ist die Idee eines Nationalstaates für Rußland und die Russen akzeptabel? Bedeutet sie nicht die Leugnung der Geschichte Rußlands, deren Kern jedenfalls seit dem 16. Jahrhundert Reichsbildung war?

Die Rußländische Föderation nahm noch vor dem förmlichen Ende des Staates Sowjetunion die Rechtsnachfolge für sich in Anspruch und betrachtete sich sehr bald politisch als der einzige Nachfolgestaat der UdSSR. Die Völkergemeinschaft folgte diesem Anspruch ein weites Stück. Rußland übernahm den Sitz der UdSSR im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, zog unwidersprochen den gesamten Auslandsbesitz der UdSSR an sich und wurde als einzige Atommacht - bis 1994 gegen das hinhaltende Taktieren der Ukraine - in der Nachfolge der UdSSR anerkannt. Die westlichen Staaten gewährten Rußland in den ersten zwei bis drei Jahren eine Vorzugsbehandlung und betrachteten die RF oft genug als einzigen Partner auf dem Gebiet der früheren UdSSR. Dies änderte sich allerdings in dem Maß, wie Rußland mehr und mehr in die geopolitische Rolle der UdSSR schlüpfte und sich offiziell als "Fortsetzer" der UdSSR betrachtete.<sup>1</sup> Je mehr Rußland sich Profil als Großmacht zu geben suchte, indem es an die sowjetische Außenpolitik vor Gorbachev anknüpfte, um so deutlicher reagierte die westliche Politik mit vorsichtiger Distanz. Der westlichen Politik stand zudem eine zusätzliche Option offen, die es vor 1991 nicht gegeben hatte: die partnerschaftliche Hinwendung zu den neuen Staaten. Sie wurde jetzt genutzt.

Rußland war nicht bereit, sich auf die Grenzen der Rußländischen Föderation zurückzuziehen und in den neuen Staaten gleichberechtigte Partner zu sehen. Der Wandel von einer imperialen zu einer nationalstaatlichen Mentalität konnte nicht in wenigen Jahren vollzogen werden, zumal diese unerhörte Herausforderung an die politische Kultur ganz unerwartet auftauchte. So ist eine Mehrheit der politischen Klasse in Rußland heute davon überzeugt, daß der Staat Sowjetunion zwar aufgehört hat zu bestehen, der Raum jedoch politisch, wirtschaftlich, kulturell, sprachlich und mentalitätsmäßig eine Einheit geblieben ist und daß deshalb eine "Reintegration" nicht nur natürlich, sondern unausweichlich ist. Die demokratischen Kräfte haben ihre antiimperialen Rhetorik der Jahre 1989 bis 1991 zugunsten der "Geopolitik" aufgegeben, wonach die Rußländische Föderation die Rolle des Rußländischen Reiches von vor 1917 zu übernehmen hat.

Eliten und große Teile der Gesellschaft in Rußland stimmen heute weitgehend dahin überein, daß der Zusammenbruch der UdSSR ein Irrtum der Geschichte, ein Verhängnis oder ein Unglück war. Bei einer repräsentativen Erhebung im Februar 1995 stimmten 70 Prozent der Befragten der Aussage zu: "Der Grund für die Krise in Rußland liegt darin, daß die UdSSR als mächtige Weltmacht zusammenbrach"; nur acht Prozent distanzieren sich von dieser Aussage. Zehn Jahre nach dem Beginn der Perestrojka antworteten auf die Frage: "War es nötig, die Perestrojka zu beginnen?" 45 Prozent der Befragten mit "Nein"; 40 Prozent mit "Ja" und 15 Prozent mit "Schwer zu sagen".<sup>2</sup> Diese Mischung aus Enttäuschung, Orientierungslosigkeit und Nostalgie läßt sich auch in manchen Regionen der neuen Staaten nachweisen, insbesondere dort, wo keine klare ethnische

<sup>1</sup> A. Kozyrev, *Preobrazenie*, Moskau 1995, S. 173f.

<sup>2</sup> I.M. Kljamkin, V.V. Lapkin, V.I. Pantin, *Meždu avtoritarizmom i demokratiej*, in: *Političeskie issledovanija*, 2/1995, S. 59, 83

Identität und eindeutige politische Loyalität bestehen. In den baltischen Staaten oder in der westlichen Ukraine sind die Einstellungen zur Gegenwart wesentlich positiver. Aber bei einer repräsentativen Meinungsumfrage im Osten und Süden der Ukraine im Juli 1994 sagten 47 Prozent der Befragten, sie würden heute gegen die Unabhängigkeit der Ukraine stimmen, nur 24 Prozent unterstützten auch jetzt die ukrainische Selbständigkeit.<sup>1</sup> Bei dem Referendum über die Unabhängigkeit am 1. Dezember 1991 hatten hier - außer auf der Krim - etwa 85 Prozent der Abstimmenden für die staatliche Selbständigkeit votiert.

Eine ausgeprägte politische Grundströmung in Rußland betrachtet die Verhältnisse seit dem Ende der UdSSR als nicht endgültig und revisionsbedürftig. Die Stimmung ist von einem Verlusttrauma gekennzeichnet und insofern mit dem Versailles-Komplex der deutschen Gesellschaft in den 1920er Jahren vergleichbar. Dabei ist zu bedenken, daß die Verluste Rußlands um ein Vielfaches größer sind als die Deutschlands nach 1918, wenn das Ende des Imperiums als Verlust und nicht als neue Chance wahrgenommen wird.

Am totalsten ist der Einflußverlust Rußlands in Ostmitteleuropa. Es kann nicht überraschen, daß gerade die ehemaligen Satellitenstaaten sich radikal vom ehemaligen Hegemon abwenden. Hinzu kommt, daß die russische Politik bisher keine Wege gefunden hat, um die Beziehungen zu den ehemaligen Blockstaaten auf eine neue Basis zu stellen, und statt dessen versucht, letzte Reste der Veto- und Kontrollpolitik aufrechtzuerhalten, insbesondere den Beitritt zur NATO zu verhindern. Die Staaten des ehemaligen äußeren Imperiums ihrerseits sehen ihre Zukunft nicht nur in der Abwendung von Rußland, sondern in der Integration in die europäisch-atlantischen Strukturen. Sie sind nicht bereit, die von der russischen Politik angebotene Rolle eines neutralen Staatengürtels dazwischen anzunehmen, eines Puffers zwischen der europäisch-atlantischen Gemeinschaft und der GUS. Die drei baltischen Staaten sehen sich als einen Teil Ostmitteleuropas und verfolgen die gleiche politische Strategie. Sie sind die einzigen ehemaligen Unionsrepubliken, denen Rußland gestattet hat, außerhalb der GUS zu bleiben.

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten sollte aus der Sicht der Jelzin-Führung nicht die UdSSR ersetzen, aber doch Ausdruck der gemeinsamen historischen Herkunft sein und den Rahmen für eine Reintegration liefern, dieses Mal auf freiwilliger und demokratischer Grundlage. Allerdings hat die russische Politik seit 1992 keinen Zweifel daran gelassen, daß es sich bei den Beziehungen der Rußländischen Föderation zu den anderen Nachfolgestaaten nicht um ein Verhältnis von Gleichberechtigten handelt, sondern um die historisch, machtpolitisch und ökonomisch gerechtfertigte Wahrnehmung "vitaler Interessen" der RF. Nach offizieller Doktrin wurde das "nahe Ausland" zur ausschließlichen Einflußsphäre Rußlands erklärt. Ein Ausscheiden aus der GUS ist de facto unzulässig. Georgien, Moldova und Aserbaidshan, die anfangs eine Zusammenarbeit verweigerten, wurden mit ökonomischen und militärischen Druckmitteln zur Mitgliedschaft in der GUS veranlaßt. Dennoch ist die GUS bisher nicht zum entscheidenden Instrument russischer Hegemonialpolitik geworden, weil die neuen Staaten in sehr unterschiedlicher Weise Anlehnung suchen oder Distanz praktizieren. So vollzieht sich die von Rußland gewünschte Reintegration hauptsächlich bilateral, d.h. Rußland-zentrisch und verstärkt so das ohnehin vorhandene machtpolitische Übergewicht der RF. Derzeit geht Weißrußland als einziger Staat in der politischen

---

<sup>1</sup> O.D. Kucenko, Tendencii formirovanija i struktura regional'noj lity v Ukraine, 1995, Manuskript im BIOst, Köln.

Rhetorik seiner Führung so weit, als Fernziel die staatliche Wiedervereinigung mit Rußland zu deklarieren. Alle anderen Staaten betonen mit mehr oder weniger Nachdruck die Priorität ihrer staatlichen Souveränität gegenüber einer Anlehnung an Rußland.

Von entscheidender Bedeutung ist das ukrainisch-russische Verhältnis. Nichts hat das russische Selbstwertgefühl so tief verletzt wie das Ausscheiden der Ukraine aus dem gemeinsamen Staatsverband. Trotz der gespaltenen Loyalität bei einem Teil der Bevölkerung, von der oben die Rede war, festigt sich die ukrainische Staatlichkeit und Unabhängigkeit. Die überwältigende Mehrheit der Politiker und politischen Gruppierungen bis weit in die Reihen der Kommunisten hinein tritt für die ukrainische Souveränität ein. Anders als in Rußland ist es bisher nicht zur Gewaltanwendung bei inneren Konflikten gekommen. Es haben freie Präsidenten- und Parlamentswahlen stattgefunden. Wirtschaftsreformen kommen - wenn auch mit erheblicher Verspätung - in Gang.

Als die Sowjetunion zerfiel, gab es in Rußland die weit verbreitete Befürchtung, nun werde sich dieser Zerfall auf der Ebene der Rußländischen Föderation wiederholen, d.h. die nationalen Republiken innerhalb der RF an der mittleren Wolga, im Nordkaukasus und in Sibirien könnten sich lostrennen und auch ethnisch rein russische Gebiete könnten staatliche Unabhängigkeit anstreben und Rußland in die Zeit der mittelalterlichen Teilfürstentümer zurückwerfen. Dahin ist es nicht gekommen, und eine Entwicklung in diese Richtung erscheint wenig wahrscheinlich. Nur Tschetschenien hat seine Unabhängigkeit erklärt, und auch der Krieg seit Dezember 1994 hat die Tschetschenen nicht in den russischen Staat zurückzwingen können. Auch in einigen anderen nationalen Republiken besteht ein Potential für separatistische Bewegungen, insgesamt stellen sie jedoch für die Staatlichkeit Rußlands keine existentielle Bedrohung dar. In Rußland entsteht vielmehr ein neuer Regionalismus, insbesondere zur Wahrnehmung spezifischer ökonomischer Interessen gegenüber Moskau und den Nachbarn. Die Verfassung vom Dezember 1993 hat die Voraussetzungen für eine föderale staatliche Gliederung geschaffen. Föderalismus und Regionalismus lösen offenbar den alten Zentralstaat ab, der eine lange geschichtliche Tradition in Rußland hat. Sie stellen keine Gefahr für ein modernes Staatswesen dar, sie können ihm im Gegenteil Stabilität und Anpassungsfähigkeit verleihen.

Haben Revision und Restauration, die von Rußland ausgehen und teilweise in manchen neuen Staaten Unterstützung finden, eine Chance in der Zukunft? Könnte das Imperium in neuer Form wiedererstehen? Wenn die hier vorgetragene Argumentation zutreffend ist, daß die Partei Leninschen Typs die entscheidende Klammer war und daß in Gestalt der Nationen eine Alternative zu ihr entstanden war, erscheint eine solche Perspektive höchst unwahrscheinlich. Obwohl die kommunistische Ideologie in manchen Metamorphosen in Rußland fortlebt und der KP bei zukünftigen Wahlen große Chancen eingeräumt werden, ist doch die Wiedererrichtung einer Einparteidiktatur mit totalitärem Anspruch wenig wahrscheinlich.<sup>1</sup> Auch die Nationalisierung der Kommunisten dürfte kaum rückgängig zu machen sein.

Dies schließt natürlich revisionistische Politik nicht aus, es ist im Gegenteil davon auszugehen, daß

---

<sup>1</sup> A. Ignatow, Ein Scheintod: Die kommunistische Ideologie im postkommunistischen Rußland, Berichte des BIOst, 31-1995; J.B. Urban, The communist movement in Russia today, Aktuelle Analysen des BIOst, 55-1995, 4. Aug. 1995.

eine auf Restauration und Reintegration gerichtete russische Politik ein erheblicher destabilisierender Faktor in der nächsten Zukunft bleiben wird. Als ein worst case Szenario können auch Kriege zu einer jedenfalls teilweisen Wiederherstellung des Imperiums nicht ausgeschlossen werden. Auch erfolgreiche Rückeroberungskriege dürften jedoch kaum auf längere Sicht politische Stabilität gewährleisten. Eher wahrscheinlich ist, daß einige der neuen Staaten ohnehin im Bewußtsein innerer oder äußerer Bedrohung, aus Tradition oder aus historischem und kulturellem Zusammengehörigkeitsgefühl Anlehnung und Hilfe bei Rußland suchen (Weißrußland, Armenien, Tadschikistan). Die einseitige ökonomische Abhängigkeit der Ukraine von der RF erfordert gebieterisch Rücksichtnahme, dennoch dürfte sich die Ukraine nicht in ein politisches und militärisches Vasallitätsverhältnis zu Rußland drängen lassen. Ebenso sind die Staaten im ehemals sowjetischen Asien an wirtschaftlicher Zusammenarbeit interessiert, werden aber kaum wieder akzeptieren, daß die politischen Entscheidungen über ihr Gemeinwesen in Moskau gefällt werden. Insofern ist der Untergang der Sowjetunion endgültig.

**Gerhard Simon**

**Why Did the Soviet Union Collapse?**

Bericht des BIOst Nr. 52/1995

Summary

### **Introductory Remarks**

*The issue of why the Soviet Union collapsed is not merely a problem for historians, it is also a question that looks to the future. The reasons for the collapse provide an indication of whether or not the trends towards the restoration of the Soviet empire have a chance. If the factors which brought about the collapse can be removed or reversed, there is a possibility that the multi-ethnic empire could be restored. If instead these factors lie in a profound change in the society, mentality, and power structures, a restoration of the superpower known as the Soviet Union would appear out of the question.*

*The following study is based on Russian sources, Western research, and the author's own prior work, and reaches the following findings.*

### **Findings**

1. *Research into what caused the collapse is in its early stages and is based on the assumption that numerous factors played a role. There is no consensus on which individual factors were most important or how the factors were related to each other. This is presumably where researchers will focus their debates.*

2. *The collapse was preceded by a process of delegitimisation and degeneration which continued for decades. The Soviet ideology lost its motivating force during the Stalinist terror since the late 1920s. It was, nevertheless, clung to until the end because only Marxism-Leninism could justify the single party system.*

*The longer the Soviets remained in power, the less able they were to fulfill the promises and expectations they had themselves awakened. In times of peace and detente, it became increasingly difficult to believe the explanation that external enemies and capitalist encirclement were obstructing prosperity and a liberal atmosphere at home. The partial opening to the outside world since the 1950s made clear to an increasing number of people the sharp contrast between the self-adulation of the propaganda and the fact that the Soviet system had fallen far behind in many areas of life.*

*From the 1970s, economic stagnation and recession, which was structural in origin and therefore could not be overcome by an administratively centralised planned economy, also contributed to this process of delegitimisation. The more diversified the economy and society became, the more essential the market, profit, and work motivation proved to be for the economy to function rationally.*

3. *The crisis of the single party system played a decisive role in the collapse. There had been a latent functional crisis in the Communist Party since the 1950s. How should a revolutionary party justify its monopoly of power when it was no longer leading a revolution? The latent crisis became acute as self-doubt became increasingly widespread within the Communist Party during the 1980s. The totalitarian regime was abolished by the communists themselves. This had two consequences: there was no change of elites and there were no clear democratic prospects. Dissatisfaction and rejection of the status quo were the driving forces and motivation behind perestroika and the abolition of the Soviet system. There was no consensus, however, about what should replace it. So there was no revolution of the kind that had taken place in 1917.*
4. *The collapse of the single party system would not have led to the break up of the Soviet Union if the Soviet nations had not provided a ready alternative to restructuring the existing policy. This proved to be the only viable alternative because there was no all-inclusive civil society and no democratic consensus and above all because most communists turned out to be nationalists. The Communist Party disintegrated into its national components. Reform communists, national democrats, and former dissidents cooperated, at least temporarily. The most closely knit nations were those in the Western part of Soviet hegemony. Poles, Hungarians, and Czechs had repeatedly rebelled against Soviet-Russian foreign rule since the 1950s. The distinction between East and West continued within the Soviet Union as well. The Baltic and Transcaucasian nations proved the most able to act, followed by the people of Ukraine and Moldavia. The nations of Soviet Central Asia attained statehood as a by-product of the break up of the Soviet Union. Nationalism provides no guarantee for a democratic future. Nonetheless, nationalist and democratic ideas and institutions have in many cases developed side by side. This is why both these ideologies are less developed as we move from West to East.*
5. *The Soviet Union collapsed, because also in Russia the new democratic forces and even the old guard communists crossed over to the nationalist side by the late 1980s, portraying Russia as a victim of the empire whose "rebirth" became the highest priority. Nonetheless, after the collapse of the Soviet Union, it quickly became clear, that almost all political forces in Russia were unwilling to withdraw to the new borders of the Russian Federation. At present, political discourse in Russia is shaped by a nostalgia for Russia's past super-power status and its ambition to play the role of a great power in the future. The Russian Federation sees itself not only as the legal successor but also as the geopolitical heir and sequel to the Soviet Union.*  
*As the Soviet Union was held together by the Communist Party's monopoly on power and as it is unlikely that the communists' conversion into nationalists can be reversed, a restoration of the multi-ethnic empire seems improbable even if war cannot be excluded as a worst case scenario. The consolidation of the new states therefore contributes to stability in Eurasia. Some of the new states will for various reasons seek to establish a relationship of dependence with Russia. But Ukraine, the largest of these states, is unlikely to accept vassal status in the long run.*

